

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Große Demonstration in Hamburg zur Unterstützung der Lampedusa-Flüchtlinge

- *Staatsdotationen – Geld an die Kirchen seit 210 Jahren – S. 4*
- *Lampedusa in Hamburg – S. 6*
- *Köln: Es geht um Menschenwürde – S. 12*
- *Verdi im Kampf gegen Niedriglohn – S. 17*
- *Die Grünen nach der Bundestagswahl – S. 18*

Ausgabe Nr. 11 am 7. November 2013, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Bayern, 9.11.: Bürgerentscheide über Olympiabewerbung 2022

maf. Nachdem die Bewerbung Münchens und einiger Alpengemeinden für die Winterolympiade 2018 scheiterte, nimmt die Landeshauptstadt nun, flankiert von Garmisch-Partenkirchen und den Landkreisen Traunstein und Berchtesgadener Land, einen zweiten Anlauf (www.muenchen.de/rathaus/Stadtinfos/Olympia2022.html). München ist durchaus keine Hochburg des Wintersports und in den Alpengebieten Oberbayerns geht es ohne Schneekanone nicht mehr. Aber auch in ausgesprochenen Wintersportgebieten sind die Erfahrungen mit dieser Großveranstaltung schlecht. Längst sind die Spiele ein Medienereignis geworden. Die Übertragungsrechte hat das IOC. Dem Austragungsort bleiben die Schulden, Landschaftsverbauungen und die Unterhaltskosten für überdimensionierte Anlagen. Mit solchen Gründen hat mit einem Volksentscheid der Schweizer Kanton Graubünden jüngst von einer Bewerbung für die Winterolympiade 2022 Abstand genommen. (www.olympia-nein.ch, s.a. Grafik). Angesichts

– Sport eingeschlossen – viele Herausforderungen bestehen kann, Unsummen ausgeben, um sich ausgerechnet als Wintersportort zu maskieren?

Berlin: Volksentscheid für Öko-Stadtwerk knapp verloren

rül. Der Berliner Volksentscheid „Für eine Rekommunalisierung der Stadtwerke“ am 3. November ist knapp gescheitert. 25% aller Wahlberechtigten mussten sich in der Abstimmung für einen Gesetzentwurf aussprechen, den der Berliner Energietisch, ein Bündnis von Linken, Grünen und anderen Befürwortern einer kommunalen und ökologischen Energieversorgung in Berlin, vorgelegt hatte. Diese 25% entsprachen etwa 621 000 Wahlberechtigten, die an diesem Tag zu den Urnen mobilisiert werden mussten und mit Ja stimmen mussten. Mobilisiert wurden mehr, über 722 000 Wahlberechtigte. Von diesen stimmten aber „nur“ 83% mit ja, das waren knapp 600 000 und damit 21 000 weniger als erforderlich.

Zum Vergleich: in der letzten Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September 2011 stimmten 171 000



der wachsenden Kritik haben sich die betroffenen Stadt-, Kreis- und Gemeinderäte entschlossen, am 9.11. die geplante Bewerbung den Bürgerinnen und Bürgern zum Entscheid vorzulegen. Das Quorum beträgt 10% der Abstimmungsberechtigten. Bund, Land, Gemeinden, Sportverbände und die große Presse werben kräftig. Die kritischen Stimmen finden Unterstützung beim BUND, den Grünen, der ÖDP und der Linken (www.nolympia.de). Die Abstimmung ist mit einer Grundsatzentscheidung der Regionalplanung und Stadtentwicklung verknüpft. Wie wird sich der bayerische Alpenraum auf die Klimaveränderungen einstellen? Will die Landeshauptstadt München, die mit einer soliden Mischung von Gewerbe, Industrie, Wissenschaft und Kultur

Wahlberechtigte für die Linke, 257 000 für die Grünen und 130 000 für die Piraten. Das Bündnis für die Rekommunalisierung der Energieversorgung in Berlin hat also mehr „Ja“-Stimmen mobilisiert, als Linke, Grüne und Piraten zusammen 2011 Wähler hatten. Teile der SPD haben mit „Ja“ gestimmt, obwohl ihre Partei im Abgeordnetenhaus und im Senat gemeinsam mit der CDU für nein geworben hatte, den Termin des Volksentscheids ebenfalls im Bündnis mit der CDU von den Bundestagswahlen weg geschoben hatte und kurz vor dem Volksentscheid zusammen mit der CDU noch schnell ein Gesetz zur Bildung eines (Mini)-Stadtwerks in Berlin im Abgeordnetenhaus verabschiedet hatte, um so dem Volksentscheid den Erfolg zu erschweren.

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

Das Bündnis für den Volksentscheid will weitermachen. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Frage, was aus dem von CDU und SPD gebildeten (Mini)-Stadtwerks wirklich wird. Dieses ist vorerst nur eine Farce. Es untersteht der CDU-Wirtschaftssenatorin, die öffentlich gegen Stadtwerke in öffentlicher Hand polemisiert, hat bisher keine Struktur und der Senat hat für den Aufbau in den nächsten Jahren 1,5 Millionen Euro bereitgestellt – das sind 40 Cent je Einwohner, ein lächerlicher Betrag.

Gescheitert ist das Bündnis aber nicht nur an Bosheiten seiner politischen Gegner. Es gab auch Schwächen in der eigenen Position. So konnte das Bündnis bis zum Schluss nicht schlüssig begründen, wie der Rückkauf des Berliner Stromnetzes von Vattenfall, einem schwedischen Staatskonzern, der das Netz nach der Privatisierung in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts betreibt, finanziert werden sollte. In einem hochverschuldeten Bundesland wie Berlin ist das keine „Nebenfrage“. Der Vorschlag des Energienetzes, den Rückkauf des Stromnetzes über Kredite zu finanzieren, die aus den Erlösen des Betriebs der Stadtwerke beglichen werden sollten, verbunden mit der Forderung, das Stadtwerk solle nur Ökostrom anbieten, hat die Sorgen mancher Wahlberechtigter, die Strompreise würden so noch stärker steigen als ohnehin schon, vermutlich eher verstärkt als abgebaut. Auch regional spricht manches dafür, dass der Volksentscheid bei gering verdienenden Wahlberechtigten nicht ausreichend Unterstützung fand. Nach Bezirken erreichte er die besten Ergebnisse in Friedrichshain-Kreuzberg (34,1% Ja-Stimmen), Pankow (28,1%), Treptow-Köpenick (25,4%), Charlottenburg-Wilmersdorf (25,0%) und Steglitz-Zehlendorf (24,9%). Der Bezirk mit den niedrigsten Ja-Stimmen war das eher arme Spandau mit 17,8%, gefolgt von Marzahn-Hellersdorf (viele Rentner und arme Leute) mit 19,2%. „Ökologisch“ und „kommunal“ allein reicht offenbar nicht – ein solches Vorhaben muss auch erkennbar sozial sein. Das fehlte vermutlich etwas in der öffentlichen Wahrnehmung – und so reichten die Ja-Stimmen am Ende nicht ganz. Aber entmutigend ist das Ergebnis auch nicht.

Nato-Siko und Gegenaktionen

maf. Die jährliche (2014: 31.1. bis 2.2.) Nato-Sicherheitskonferenz in München hat ihr Thema noch nicht publiziert, (www.securityconference.de). Der Aufruf zu Gegenaktionen ist aber schon fertig (<http://sicherheitskonferenz.de/de/Aufruf-2014-Gegen-die-SIKO>). Die breiten Proteste litten in den letzten Jahren zunehmend unter

Meinungsverschiedenheiten. Die pauschale und bedingungslose Solidarisierung mit Forderungen und Aktionen palästinensischer Organisationen veranlassten viele, den Protesten fernzubleiben. Bei den Aktionen 2013 kam es dann noch zu einem weiteren Konflikt. Als ein Teil der Aktionseinheit Inge Viethals Kundgebungsrednerin einlud, sah ein anderer darin eine Provokation des Pazifismus durch positive Deutung der Rolle der RAF. – Der Aufruf zu Gegenaktionen 2014 vermeidet konsequent jeden Bezug zu konkreten Krisenherden und Interventionspunkten. Die Nato sei, so heißt es in allgemeinen Wendungen, „militärischer Arm der reichsten kapitalistischen Staaten ... eine Kriegsallianz zur Durchsetzung der Profitinteressen der transnationalen Konzerne, der Banken und Waffenproduzenten ... eine Bedrohung für die ganze Menschheit.“ – Beherrschendes Thema auf der offiziellen Webseite der Sicherheitskonferenz sind die NSA-Spähangriffe, die vom Sprecher der Veranstaltung, Wolfgang Ischinger, scharf kritisiert werden.

Große Koalition und Linksfraktion

Die Verhandlungen über die Bildung einer Regierungskoalition von CDU, CSU und SPD dauern an.

Die Fraktion der Linken im Bundestag hat ihre formale Konstituierung über die Bühne gebracht, erste Inhalte sind aus der folgenden Stellungnahme erkennbar:

Das Parlament muss endlich arbeiten

Von Petra Sitte, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Die Linke im Bundestag:

Für diese Woche war ursprünglich die erste Sitzungswoche des neuen Bundestages angesetzt. Union und SPD haben diese abgesagt, um in Ruhe ihre Koalitionsverhandlungen führen zu können. Ich meine: Der Gesetzgeber kann arbeiten und sollte dies auch. Die politischen Herausforderungen in unserem Land sind zu groß, um die nun bereits seit mehr als sechs Wochen andauernde Phase des politischen Stillstands hinnehmen zu können.

Die Linke hat fünf Gesetzentwürfe vorgelegt, mit denen schon jetzt mehr Gerechtigkeit geschaffen werden könnte. Wir haben etwa die Initiative des Bundesrates aufgegriffen und einen Mindestlohn von 8,50 Euro beantragt. Klar ist, dass dieser Betrag insbesondere für eine armutsfeste Rente nicht ausreicht und Die Linke einen Mindestlohn von 10 und perspektivisch von 12 Euro durchsetzen will. 8,50 Euro jedoch wäre mit SPD, Grünen und den Gewerkschaften konsensfähig. Einem Mindestlohn stimmen breite Mehrheiten in unserer Gesellschaft zu. Er ist eine Armutsbremse und stimuliert die

so dringende gebrauchte Inlandsnachfrage. – Was sich bisher in den Koalitionsverhandlungen abzeichnet, ist ein typischer halbgarer Kompromiss: Mehr tarifvertraglich ausgehandelte „Lohnuntergrenzen“ soll es geben, womöglich regional differenziert. Von einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ist man in den Gesprächen noch weit entfernt.

Auch bei der Abschaffung des Betreuungsgeldes zugunsten von mehr Kitaplätzen hat die SPD gegen die Union nichts erreicht. Unsere Fraktion hat auch dazu einen Gesetzentwurf des Bundesrates aufgegriffen, um die Mehrheit im Bundestag gegen das unsinnige Betreuungsgeld zu nutzen.

Wir wollen gleichgeschlechtliche Partnerschaften der Ehe gleichstellen. SPD und Grüne wollen das auch. Vor der Sommerpause lieferte sich die damalige Opposition eine erbitterte Debatte und verlor die Abstimmung gegen die Regierungsmehrheit wohl auch, weil bei Union und FDP einige gegen ihre Überzeugung gestimmt haben. Jetzt wäre der Zeitpunkt gekommen, diese Abstimmung zu wiederholen und mit der Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf ein Zeichen für Menschenrechte und die Würde verschiedener Lebensweisen zu setzen. Es ist nicht hinnehmbar, dass im Jahr 2013 gleichgeschlechtliche Lebensweisen derart unsinnigen Benachteiligungen ausgesetzt sind.

Gemeinsam könnten Linke, SPD und Grüne auch die sachgrundlosen Befristungen von Arbeitsverträgen eindämmen. 41 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter 25 – ohne Azubis – sind befristet beschäftigt. Eine Familiengründung unter so unsicheren Bedingungen ist ein hohes Risiko.

Die Abschlüsse bei den Erwerbsminderungsrenten könnten ebenfalls durch eine rot-rot-grüne Mehrheit im Parlament abgeschafft werden. Auch hierzu liegt ein Gesetzentwurf der Linken vor, auf dessen Aufsetzung wir drängen.

Immerhin muss die Bundesregierung auf Wunsch von Grünen und Linken in der kommenden Woche in einer Sondersitzung öffentlich über den Überwachungsskandal Rechenschaft ablegen. Geheimdienste im In- und Ausland haben unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung einen Angriff auf unsere BürgerInnenrechte und damit auf unsere Demokratie gestartet. Aber erst der Lauschangriff auf das Kanzlerinnentelefon hat die Bundesregierung wachgerüttelt. Nun wollen wir wissen, was sie weiß. Und was sie zu unser aller Schutz tun will.

Die Bevölkerung hat mit dem Wahltag uns, das Parlament, zum Handeln aufgefordert. Wir müssen dieser Aufforderung endlich nachkommen.

Limburg und die reiche Kirche

In den vergangenen Wochen machte die Verschwendung der Kirche durch den Bischof Franz-Peter Tebartz-van-Elst beim Bau seiner Residenz in Limburg Schlagzeilen. Er hatte die Baukosten von geplanten 2,5 Mio. Euro auf 31 Mio. ansteigen lassen. Die Empörung der katholischen Christen in der Diözese Limburg und das Interesse der Medien an diesem Fall machte die Sache zu einem Thema für die breite Öffentlichkeit: die Kirche und ihr Geld, aber auch wie verhalten sich Staat und Kirche in finanziellen Fragen zueinander.

Die zwei Publikationen über „Finanzen und Vermögen der Kirchen in Deutschland“, 2002, und „Violettbuch Kirchenfinanzen – wie der Staat die Kirchen finanziert“, 2010, von dem Chefredakteur des „Humanistischen Pressedienstes“, Carsten Frerk, dienen dabei als Grundlage dieser Darstellung. Es ist bisher auch niemand anders gelungen, annähernd die im verborgen gehaltenen Zahlen des Vermögens und der Einkünfte der beiden großen Kirchen in Deutschland wie auch ihre Bezüge aus den Staats-, Länder- und kommunalen Kassen in etwa zu erfassen. Vieles bleibt im Dunkeln: von Staat und Kirche versteckt, verdeckt, uneinsehbar, falsch aufeinander bezogen.

Wir wollen in dieser Untersuchung heute nur ein paar „Peanuts“ in Höhe von 480 Mio. Euro unter die Lupe nehmen. Deren Bedeutung wirft aber grundsätzliche Fragen auf, wie es mit der offiziellen Trennung von Kirche und Staat und in Deutschland steht.

Anfrage und Anträge der Linken

Am 28. Februar 2013 brachte der Abgeordnete und religionspolitische Sprecher der Linken im Bundestag, Raju Sharma, den Antrag ein, die bisherigen Staatsleistungen der Bundesrepublik Deutschland an die beiden großen Kirchen – die Evangelische und Katholische – endlich abzulösen. Die davon betroffenen Länder sollten die bisher fällige jährliche Summe in Höhe von etwa 480 Mio. Euro einmalig oder in Raten an die Kirchen auszahlen – kulanterweise in zehnfacher Höhe – und dann diesen finanziellen Aufwand nach mehr als 200 Jahren ein für alle Mal beenden. In seiner Rede dazu sagte er:

„Die Linke hat einen Gesetzesentwurf zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen vorgelegt. Worum geht es dabei? Wir reden heute über Entschädigungen, Entschädigungen für Enteignungen, die 200 Jahre zurück liegen und durch die man versucht hat, nach dem sogenannten Reichsdeputa-

tionshauptschluss von 1803 Rechtsfrieden zu schaffen. Seitdem zahlen die Länder Jahr für Jahr pauschalierte Summen für Personalkosten und Baulasten an die Kirchen!“

Der Begriff Staatsleistungen

Es geht in Abgrenzung zu den vom Staat subventionierten Einzug der Kirchensteuern und den staatlichen Zuschüssen für kirchliche soziale, mediale und schulische Einrichtungen hier ausschließlich um Staatsleistungen, die gesetzlich gesondert geregelt sind auf Grund historischer Ereignisse vor 210 Jahren.

Der Begriff „Staatsleistungen“ wird in einem weiteren Sinn gebraucht, indem alle auf Gesetze oder Verträge beruhenden Zahlungen des Staates gegenüber den Kirchen erfasst werden (ca. 19 Mrd. Euro pro Jahr). In einem engeren Sinn geht es nur um die Zahlungsverpflichtungen, die sich aus angeblich historischen Rechtstiteln herleiten, die über Artikel 140 in das Grundgesetz inkorporiert wurden. Um eine Begriffsverwirrung zu verhindern, sollen hier, wie im „Violettbuch Kirchenfinanzen“, die letzteren als Staatsdotationen bezeichnet und abgehandelt werden. Sie wiederum bestehen aus zwei Teilen: aus den Staatsdotationen zur Besoldung von Geistlichen und aus der Unterhaltungspflicht für Kirchengebäude, den sogenannten Kirchenbaulasten.

Wer bekommt was von wem und wie viel?

Personalkostenzuschüsse:

Für staatsstreues Verhalten gilt in Deutschland mit fast zwei gleich großen Konfessionen auch heute noch: bekommt die eine Kirche etwas, hat auch die andere darauf Anspruch. Die Staatsdotationen werden deshalb in den Haushaltplänen der Bundesländer ausgewiesen und als Gesamtsumme an die Katholische und Evangelische Kirche ausgezahlt. Dazu hat der Bund 2009 insgesamt 442 Mio. Euro pro Jahr aufgelistet:

Baden-Württemberg: 98,9 Mio. – Bayern: 86,6 Mio. – Berlin: 10,6 Mio. – Brandenburg: 11,2 Mio. – Hessen: 41,8 Mio. – Mecklenburg-Vorpommern: 9,8 Mio. – Niedersachsen: 38,2 Mio. – Nordrhein-Westfalen: 20,7 Mio. – Rheinland-Pfalz: 47,8 Mio. – Saarland: 0,7 Mio. – Sachsen: 19,4 Mio. – Schleswig-Holstein: 12 Mio. – Thüringen: 19,1 Mio. Euro. Die Hansestädte Hamburg und Bremen zahlen nichts. Diese Summen machen pro Kopf der jeweiligen Bevölkerung im Durchschnitt 5,40 Euro aus. Lä-

cherlich könnte man sagen. Aber immerhin Gelder nicht von eingetragenen christlichen Mitgliedern, sondern von allen Bürgern gezahlt, also auch von Juden und Muslimen. Der Spitzenreiter pro Kopf ist Rheinland-Pfalz mit 11,88 Euro – für ein altes katholisches Gelände verständlich – aber den zweithöchsten Satz liefert das überwiegend atheistische Sachsen mit 10,67 Euro.

Da Bayern das einzige Land ist, das vorbildlich Staatsdotationen genau auflistet, wollen wir ihnen hier noch einmal in die Karten schauen und die weiteren Zweckbestimmungen der insgesamt gezahlten 86 Mio. Euro untersuchen. Die Ansätze für 2010 waren an die katholische Kirche: Für 7 Erzbischöfe und Bischöfe, 12 Weihbischöfe, 14 Dignitäre, 60 Kanoniker, 42 Domvikare, Dienstentschädigung für 7 Generalvikare und 2 bischöfliche Sekretäre, Zuschüsse für 7 Ordinariatsoffizianten, 7 Mesner an den Domkirchen, 15 Leiter und 33 Erzieher an den Priester- und Knabenseminaren, Leistungen an Pfarrer, Prediger, Benefiziaten, Kapläne, Mesner und Kirchendiener, Zuschüsse an Eremitenanstalten und deren Geistliche und an Seelsorgegeistliche, Sachbedarf Ordinariate und Domkirchen, Schenkungen an Kirchenstiftungen und Pfarreien, inklusive Orgeln, Glocken und Uhren. Gesamtsumme: 65.664.200 Euro.

Die Evangelische Kirche kommt insgesamt nur auf 21.565.900 Euro, aber deren zahlwürdigen Finanzposten entsprechen weitgehend dem der größeren katholischen Kirche.

In Schleswig-Holstein überwies die Landesregierung laut Staatskirchenvertrag 1957 einen Grundbetrag von 1.483.000 Euro an die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche. In Angleichung an die jetzige (2009) Besoldungslage ist die Summe auf 11.798.000 Euro angewachsen. Das ging dem Landesrechnungshof entschieden zu weit und er empfahl 2011 eine Aussetzung der Anpassungsklausel. Die Landesregierung und das Landparlament (damals CDU und FDP) reagierten nicht darauf. Dazu R. Sharma – ehemals Staatssekretär bei der schleswig-holsteinischen Landesregierung – in seiner oben aufgeführten Bundestagsrede: „Schleswig-Holstein – selbst ein verschuldetes Land – zahlt jedes Jahr 12 Mio. Euro an Staatsleistungen. Genau diese Summe fehlt dem Verkehrsminister des Landes für die ganz irdische Beseitigung von Schlaglöchern in den Straßen Schleswig-Holsteins.“

Kirchenbaulasten:

Auch hier handelt es sich um Staatsdo-

tationen, die auf historischen Rechtstiteln und auf einer Zahlungsverpflichtung des Staates beruhen. Sie gehen tatsächlich auf vielfältige geschichtliche Ereignisse, Beschlüsse und Verträge zurück, z.B. auf das Trienter Konzil von 1545 bis 1563. Aus der Verpflichtung der Staatsdotationen ergeben sich vor allem Zahlungen für Bautätigkeiten. So überweist Baden-Württemberg allein 1,8 Mio. Euro Jahresrate für das katholische Münster in Konstanz. Vom Land Hessen wird der Dom in Fulda – vertreten durch sich selbst, das Domkapitel, – im Jahr 2000 als Projektsumme 15,6 Mio. Euro zugesprochen. Auch für den Dom zu Limburg zahlt das Land, allerdings nicht für den Bischofspalast. Aus Mecklenburg-Vorpommern kommen insgesamt 3,3 Mio. Euro, aus Rheinland-Pfalz 4,2 allein für die Sanierung und Restaurierung des Doms zu Speyer. Bayern unterstützt kirchliche Gebäude in „subsidiärer Baupflicht“ erst dann, wenn diese selber nicht alles finanzieren kann. 2009 waren es insgesamt 38,5 Mio. Euro für die Dome und Kirchen in Augsburg, Bamberg, Eichstätt, München, Passau, Regensburg, Würzburg, Freising. In Frankfurt am Main gingen im Zeitraum von 2008 bis 2011 für fünf Stadtkirchen, die Domschatzkammer und etliche Klöster und Pfarrhäuser insgesamt 14,4 Mio. Euro über den Tisch – auf Grund von Dotationsurkunden aus den Jahren 1830 und 1854. Natürlich dürfen auch Pfarrhäuser unterstützt werden. In Baden-Württemberg sind es 1.100 „Kirchliche Lastengebäude“, die in den Genuss von Zahlungen kommen. Weil das „Badische Benedikt“ von 1808 und das „Komplexablösungsgesetz“ von 1865 es so beschlossen haben.

Die Entstehung der Staatsdotationen

Die Katholische und Evangelische Kirche verteidigen mit einem Gros an Rechtsvertretern, mit ihren politischen Unterstützern in Parteien und Medien natürlich vehement die Beibehaltung dieser Staatsdotationen für ihre Personal und Baukosten. Sie begründen dies hauptsächlich damit, es handle sich schließlich um berechnete Entschädigungszahlungen für Enteignungen beim Reichsdeputationshauptschluss von 1803. Selbst in der Rede von Raju Sharma vor dem Bundestag wird das Wort „enteignet“ fälschlicherweise verwendet. Frerk sagt dazu im Gegenteil: „Dass die Bischöfe enteignet sein sollen, ist bereits eine Legende“. Und das entspricht überhaupt nicht den historischen Tatsachen.

In dem Beschluss des Reichsdeputationshauptschlusses in Regensburg 1803, also vor 210 Jahren wurde eine Verfassungsrevolution eingeleitet, die die Auflösung der historisch ohnehin dem Untergang geweihten geistlichen Staaten (vor allem der Kurfürstentü-



Die Kirche in Limburg (Foto 2011, Edda Lechner) wird mit Staatsdotationen saniert. Auch die Bischöfe der katholischen Kirche – wie Tebartz-van-Elst – bekommen staatliche Zuschüsse für ihre Gehälter.

mer von Trier, Mainz und Köln) und die Bildung moderner lebensfähiger neuer Staaten beinhaltete. Für diese und die von Napoleon okkupierten linksrheinischen Gebiete sollten das Heilige Römische Reich Deutscher Nation unter Kaiser Franz II und die Landesherren eine Neuregelung treffen, nach alter feudaler Manier, Lehen zu vergeben. Was sie denn auch taten. Die entlassenen Erzbischöfe der drei ehemaligen geistlichen Territorien – und nur sie und ihr Hofstaat – erhielten dabei eine lebenslange Apanage, damit sie bis zum Tode weiter fürstlich leben konnten und keinen Ärger machten. Daraus wurden von Kirche und Staat in zahllosen Folgevereinbarungen dauerhafte Entschädigungszahlungen an die Kirche gebastelt.

„Von einer Säkularisation der ka-

tholischen Kirche zu sprechen, ... ist sachlich falsch. Alle katholischen Einrichtungen, die der Seelsorge und der Wohlfahrt dienten, verblieben im Kirchenbesitz“ (Ferk, S. 70). Man nahm vor allem den Kirchengemeinden und Pfarreien nichts weg. Sie existierten weiterhin auf Grund von Bewirtschaftung ihrer zahlreichen Ländereien (Pfründen), ihrer eigenen Stiftungen und Klöster und durch Spenden. Natürlich waren die deutschen Könige und Fürsten weiterhin sehr daran interessiert, bei ihrer jeweilige Krönung und ihrem Herrschaftsanspruch als „göttlich“ legitimiert zu werden. Dafür benötigten sie die Kirchen und den Klerus. Deshalb übernahmen sie gerne im Laufe des 19. Jahrhunderts für die ihnen dienende Kirche Kosten für deren Klöstern, Stiftungen und Bischöfe.

Das war keinesfalls eine Entschädigung – für was? –, sondern vom gegenseitigen Nutzen bestimmt.

1918 wurde in Deutschland der politische Übergang von der Monarchie zur parlamentarischen Demokratie vollzogen. Die Ablösung von einer Staatskirche blieb aber ein Fragment und viele Feudalstrukturen erhalten. Immerhin verfügte die Weimarer Reichsverfassung 1919 im Artikel 137 WRV, dass es eine grundsätzliche Trennung von staatlichen und religiös weltanschaulichen Organen geben müsse. Sie garantierte das Vermögen und das Eigentum der Religionsgemeinschaften, erließ aber zu den bisher gezahlten offiziellen Staatsleistungen (-dotationen) folgende Vorschrift: „Die auf Gesetz, Vertrag oder auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf“. Das ist jetzt 94 Jahre her. Bei Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde der Weimarer Art. 137 vollständig ins Grundgesetz übernommen. Der Auftrag dieser ersten demokratisch gewählten Regierung ist

immer noch nicht umgesetzt worden: „die Ablösung (d.h. die Beendigung) von staatlichen Zahlungen an die Kirchen verfügt, die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhen“ (Frerk, S. 63).

Kein Handlungsbedarf ?

Auf die Frage von Raju Sharma „Wie und wann beabsichtigt die Bundesregierung den seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag aus Art. 140 des Grundgesetzes, GG, in Verbindung mit Art. 138 Abs 1 Satz 2 der Weimarer Reichsverfassung WRV, zu erfüllen?“ bekam er eine schriftliche Antwort, die er einerseits erfrischend offen, andererseits aber auch bemerkenswert dreist fand.

Erstens: Ja, es gibt diesen Verfassungsauftrag.

Zweitens: Ja, wir wissen, er ist noch nicht erfüllt.

Drittens: Wir gedenken nicht, irgendetwas zu tun; es gibt keinen Handlungsbedarf.

Die Gründe dafür sind verständlich und empörend zu gleich: Dass die beiden großen Kirchen, vor allem durch die obere Hierarchie, die direkt davon

profitiert, immer wieder den Erhalt der Staatdotationen mit Zähnen und Klauen verteidigt haben, ist vielleicht noch verständlich. Aber dass diese Verpflichtung zur Ablösung dieser Gesetze staatlicherseits hartnäckig seit einem Jahrhundert hintertrieben wird, gibt schon zu denken. Es war deshalb schon den Versuch wert, dass die Linke im März dieses Jahres das Thema mit einem Antrag in den Bundestag eingebracht hat. Ob sich die alten Geister lichten anlässlich des neuen Kirchenskandals in Limburg, bleibt abzuwarten. Immerhin hat selbst Papst Benedikt XVI. in einer Rede 2011 verlauten lassen, dass eine Entweltlichung der Kirche und ein Abschaffen der Privilegien kein Angriff auf die Kirche sei. Zurzeit wirbt der Humanistische Pressedienst mit einer Petition zur Einstellung der Staatsleistungen. Man kann dort unterschreiben.

Edda Lechner

Quelle: Carsten Frerk, „Violettbuch Kirchenfinanzen“, 2010.

Humanistischer Pressedienst, Petition zur Einstellung der Staatsleistungen – <http://hpd.de/node/17065>

Lampedusa in Hamburg

12 000 bis 15 000 Menschen demonstrierten am 2. November in Hamburg für das Bleiberecht der Lampedusa-Flüchtlinge und einen radikalen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik. Damit erreichte die Solidaritätsbewegung mit der Gruppe von ca. 300 Flüchtlingen ihren vorläufigen Höhepunkt. Es geht um die Flüchtlinge, die im Winter/Frühjahr 2013 aus Italien nach Hamburg kamen, ausgestattet mit italienischen Papieren für einen dreimonatigen Aufenthalt im Schengenraum, und die sich als „Lampedusa in Hamburg“ organisiert haben. Eine Woche vor der Großdemonstration hatten bereits, nach einem Spiel von St. Pauli, rund 8 000 Fans einen eindrucksvollen Protestmarsch organisiert. Fast täglich seit dem 11. Oktober finden kleinere Demonstrationen in verschiedensten Stadtteilen statt und halten die Polizei in Atem. Auch die praktische Solidarität für die Flüchtlinge, die von der Stadt weder Unterkunft noch Geld noch Gesundheitsversorgung noch eine Arbeitsmöglichkeit erhalten, reißt nicht ab. Auf diese alltägliche praktische Solidarität sind die Flüchtlinge dringend angewiesen. Rund 80 sind bis zum Einbruch der Kälte in einer Kirche untergekommen, viele andere bei Privatpersonen. Schüler in St. Pauli sammelten bisher 10 000 Unterschriften dafür, ihre Turnhalle für die Flüchtlinge zu öffnen. Der Senat dagegen ging

so weit, der Kirche die Aufstellung von beheizbaren Wohncontainern für den Winter zu untersagen, falls die Flüchtlinge sich nicht bei der Ausländerbehörde registrieren lassen – die zuständige Bezirksversammlung Altona hat gleichwohl mit den Stimmen auch von CDU, FDP und SPD die Aufstellung der Container beschlossen. Ob der Senat die letztliche Entscheidung an sich zieht, also evoziert, ist derzeit offen.

Am 11. Oktober, eine Woche nach der Katastrophe im Mittelmeer, hatte die Innenbehörde die Auseinandersetzung eskaliert, indem sie die Polizei in St. Pauli und in St. Georg – hier halten sich viele der Flüchtlinge auf – dunkelhäutige Menschen kontrollieren ließ und viele festnahm. Bis in die Polizei hinein reichte die Kritik an diesem als „Racial Profiling“ geächteten Vorgehen. In dieser angespannten Situation und unter dem Druck der täglichen Kontrollen platzierte der Senat auf Drängen der SPD-Fraktion das Angebot einer „fairen Einzelfallprüfung“: Die Flüchtlingen sollen ihre Papiere vorlegen, „ihre Fluchtgeschichte erzählen“, im Gegenzug erhalten sie die Zusage, bis zum Ende des Verfahrens in Hamburg bleiben zu können (ständige Praxis ist, dass Flüchtlinge längst vor Ende z.B. von gerichtlichen Verfahren abgeschoben werden). Die Flüchtlinge jedoch sind misstrauisch: Eine Zukunft in Hamburg stellt ihnen der

Senat ausdrücklich nicht in Aussicht. Er hält daran fest, den gesetzlichen Spielraum für ein humanitäres Bleiberecht nicht nutzen zu wollen. Deshalb wollen derzeit nur wenige auf das Angebot eingehen. Sie fürchten, dass sie sogar ihren Aufenthaltstitel in Italien verlieren und gleich in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Kompliziert wird die Situation dadurch, dass die Kirchenführung, die bisher ein Bleiberecht gefordert hatte, auf den Senatskurs eingeschwenkt ist. Das setzt die Flüchtlinge und ihre zahlreichen kirchlichen Unterstützer zusätzlich unter Druck.

Am Tag der Großdemonstration stellte sich dann auch der SPD-Parteitag einstimmig hinter die Flüchtlingspolitik und Olaf Scholz, Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzender in einer Person. Die weitere Entwicklung ist völlig offen.

Wir dokumentieren die Rede von Christiane Schneider in der Aktuellen Stunde der Bürgerschaft am 23. Oktober:

„(...) Ich spreche, gerade aus den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate, dafür, dass ein grundlegender Kurswechsel im Umgang mit den Flüchtlingen, im Umgang mit der Migration unverzichtbar ist. Niemand kann so tun, als ginge es uns nichts an: Das jüngste Massensterben im Mittelmeer fordert Konsequenzen. Die euro-

päische und die deutsche Flüchtlingspolitik ist Flüchtlingsabwehrpolitik. Die vielen Toten – NGOs sprechen von 20 000 in den letzten 15 Jahren – sind, wie es Heribert Prantl in der „Süddeutschen“ formulierte, Europas Tote. Sie sind, wie es Giusi Nicolini, die Bürgermeisterin von Lampedusa, geißelte: Europas Schande.

Die Migration von Menschen, die eine Lebensperspektive suchen, ist eine Tatsache. Dass die Menschen dabei ihr Leben riskieren, zeigt uns, dass diese Tatsache durch nichts aus der Welt zu schaffen ist. Europa kann die Mauer höherziehen, die Abwehr weiter militarisieren, das Risiko für die Flüchtlinge und damit die Zahl der Toten hochschrauben: die Wanderung verhindern wird es dadurch nicht. Eine andere, solidarische Flüchtlingspolitik, die dieser Tatsache Rechnung trägt, ist unabdingbar, in Europa, im Bund – und hier, konkret vor Ort, in Hamburg.

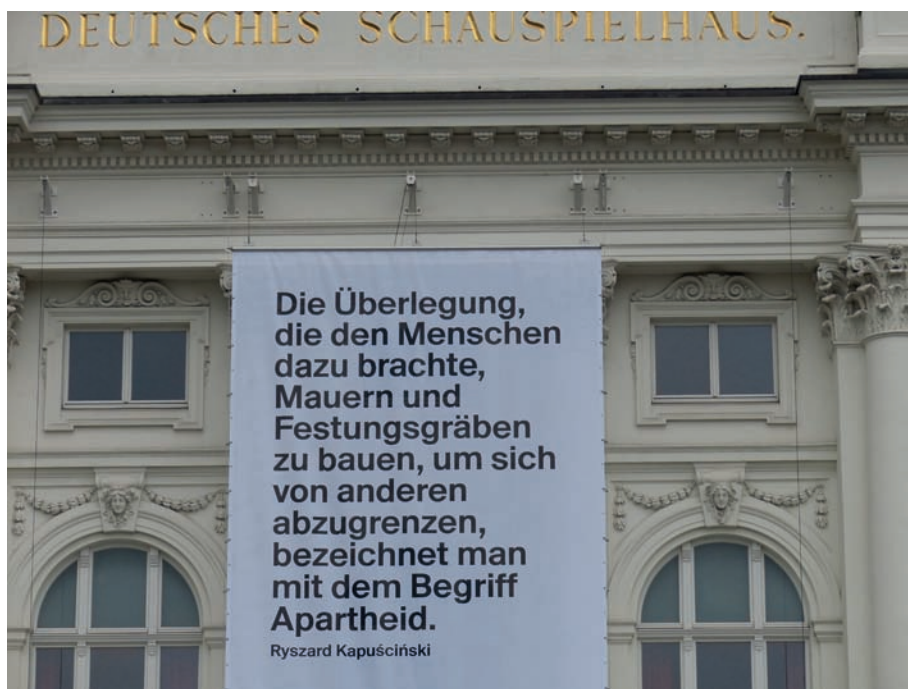
Gerade hier, das ist die Erfahrung des letzten Halbjahrs, ist die Chance eines anderen Umgangs mit Flüchtlingen riesig. Wenn man es nur will. Selten hat es eine so große, so breite, von Menschen aus praktisch allen Gesellschaftsschichten und bis in die CDU hinein getragene Solidarität mit Flüchtlingen gegeben wie jetzt mit den Lampedusa-Flüchtlingen in Hamburg. Nur der Senat und große Teile der SPD haben Auge, Ohr und Herz verschlossen. Ich brauche die Solidarität im Einzelnen gar nicht ausführen. Wir erfahren sie tagtäglich. Wo immer man hingeht, wo man hinhört, in Schulen, in Kirchen und Moscheen, auf x-beliebigen Veranstaltungen oder Festakten, im Theater oder auf der Straße: die Solidarität mit den Flüchtlingen und die Forderung nach Bleiberecht sind allgegenwärtig.

Das sind ausgezeichnete Bedingungen für die Aufnahme von Flüchtlingen und die Bewältigung der Herausforderungen, die das natürlich bedeutet.

Unabhängig von dem, was Sie den Lampedusa-Flüchtlingen jetzt angeboten haben: die Forderung nach einer Bleiberechtsperspektive ist damit nicht vom Tisch.

Wie ein Mantra tragen Sie den Verweis auf die Gesetze vor sich her. Sie glauben, damit können Ihre Hände in Unschuld waschen, wenn am Ende abgeschoben wird. Aber: Sie haben leider von Anfang an gesagt, dass der Vollzug der Gesetze für Sie bedeutet, dass es keine humanitäre Bleiberechtsperspektive geben soll. Sie haben bestehende Spielräume für eine humanitäre Lösung, Spielräume, auf die etwa der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung hingewiesen hat, nicht genutzt, Vorschläge zurückgewiesen. Sie hätten gekonnt, aber Sie wollten nicht. Sie können immer noch wollen!

Jetzt versprechen Sie etwas eigent-



lich Selbstverständliches, eine faire Einzelfallprüfung. Aber: was ist die faire Einzelfallprüfung auf Grundlage von Gesetzen, die gemacht wurden, um abzuschrecken und abzuwehren? Die die meisten Gründe, die Menschen zur Flucht treiben, Armut, Naturkatastrophen, Diskriminierung, Bedrohung durch Bürgerkrieg, nicht anerkennen?

Was ist faire Einzelfallprüfung, wenn Sie und wenn die Hamburger Gerichte im Unterschied zu etlichen anderen Gerichten Italien trotz der elenden und aussichtslosen Situation für Flüchtlinge für ein Land halten, in das rückgeführt werden kann?

Was ist faire Einzelfallprüfung, wenn Sie letztlich dazu führt, Flüchtlinge, oft traumatisierte Menschen, hin- und herzuschieben?

Die Flüchtlinge agieren bewundernswert besonnen und selbstbewusst. Sie lassen sich nicht als Treibgut behandeln, das das Mittelmeer nach Europa

spült. Sie behaupten ihr Recht, Rechte zu haben.

Der Senat hingegen hat seit der Katastrophe im Mittelmeer noch eskaliert: mit den Kontrollen, die nicht nur viele Menschen in dieser Stadt, die auch das Deutsche Institut für Menschenrechte als rassistisch kritisieren; mit dem Versuch, Flüchtlingen für den Winter das Dach über dem Kopf zu verwehren; mit der Drohung, Solidarität und Unterstützung zu kriminalisieren.

Sie können umkehren. Jetzt können Sie klar machen, dass das Ziel einer fairen Einzelfallprüfung das Bleiberecht ist. Sie müssen nur wollen.

Ich appelliere dringend: Stellen Sie die Kontrollen ein! Stellen Sie sie wenigstens ein, solange die Flüchtlingsgruppe noch im Beratungsprozess ist, damit eine freie Entscheidung möglich ist.“

Christiane Schneider
Bilder: Reinhard Schwandt (oben) und Christiane Schneider (Titel, unten)

Menschenunwürdig: Arbeit in der Landwirtschaft

Landarbeiter gehören weltweit zu den am schlechtesten bezahlten Berufsgruppen. Gleichzeitig sind sie vielfältigen Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Ihr Recht auf Nahrung sowie weitere Arbeits- und Menschenrechte werden vielfach verletzt. Anlässlich des Internationalen Tags für menschenwürdige Arbeit fordert die internationale Menschenrechtsorganisation FIAN daher die künftige Bundesregierung auf, die Erarbeitung der Erklärung der Rechte von Kleinbauern/Kleinbäuerinnen und Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten, im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zu unterstützen. Von den weltweit rund eine Milliarde Beschäftigten in der Landwirtschaft arbeiten knapp 50 Prozent in lohnabhängigen Arbeitsbeziehungen. Rund 30 Prozent von ihnen sind Frauen. Trotz global steigender Produktivität der Agrarwirtschaft liegen die Löhne der Arbeiter/innen häufig unter dem Existenzminimum. Weniger als 20 Prozent der Landarbeiter/innen haben Zugang zu sozialer Sicherung. Wenn sie für ihre Rechte eintreten, werden sie häufig kriminalisiert, in Ländern wie Kolumbien oder Brasilien sogar ermordet. „Diese andauernden Verletzungen grundlegender wirtschaftlicher und sozialer Rechte von Landarbeiter/innen dürfen nicht länger hingenommen werden“, protestiert Gertrud Falk von FIAN Deutschland gegen diese Missstände. „Die Menschenrechte von Landarbeitern und Landarbeiterinnen müssen endlich international anerkannt werden.“ Der Menschenrechtsrat der UNO hat aufgrund dieser gravierenden Rechtsverletzungen im Oktober 2012 beschlossen, eine internationale Erklärung zu erarbeiten, in der die Rechte von Kleinbauern/Kleinbäuerinnen und Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten, dargelegt werden (Resolution A/HRC/RES/21/19). Die Europäische Union hat sich gegen diese Entscheidung ausgesprochen. FIAN fordert die künftige Bundesregierung auf, das Verfahren im Menschenrechtsrat zu unterstützen und die Rechte von Landarbeiter/innen zu stärken.

Quelle: <http://www.igbau.de>, 7.10.2013

USA: Kelloggs sperrt Gewerkschaft aus

Der US-Nahrungsmittelkonzern Kelloggs sperrt seit 22. Oktober in seiner Fabrik in Memphis, Tennessee, 220 Mitglieder der der IUL angeschlossenen Gewerkschaft BCTGM aus, um die Gewerkschaft zur Annahme eines Plans zu zwingen, der eine radikale Verstärkung des Einsatzes von Gelegenheitskräften vorsieht. Kelloggs

beabsichtigt, rund 30 Prozent der derzeitigen Belegschaft während der kommenden drei Jahre zu erheblich niedrigeren Löhnen und Leistungen ohne garantierte Arbeitszeiten einzustellen. Das Unternehmen hat diese Attacke organisiert, obschon die Rahmenvereinbarung, die Gelegenheitsarbeit begrenzt, noch in Kraft ist.

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 29.10.2013

Kanada: Streik bei Crown Holding

Crown Holdings, ein US-Konzern, produziert Getränke- und Lebensmittel in 149 Ländern. Obwohl Crown seinen Gewinn 2012 fast verdoppeln konnte, starteten sie ihre jüngsten Angriffe auf Beschäftigte in Toronto (Kanada), wo Mitglieder der Vereinigten Metallarbeitergewerkschaft (USW) nun in den Streik gegangen sind. Crown fordert die Streichung der Indexierung der Entgelte an die jährliche Inflationsrate, die Etablierung eines zweistufigen Gehaltssystems und keine Anhebung der Betriebsrente, die bereits seit neun Jahren eingefroren ist. Die USW-Mitglieder starteten dagegen die globale Kampagne „Keine weiteren Kürzungen“ („Take-Backs No More“), um die Jahre der Gewinnmaximierung bei Crown auf dem Rücken der Beschäftigten zu beenden. Unite (Großbritannien), die Internationale Mechaniker-Gewerkschaft IAM und IndustriALL bauen ein globales Gewerkschaftsnetzwerk auf, um die Angriffe von Crown zu stoppen.

Quelle: <http://www.labourstartcampaigns.net>

Iran: Zuckergewerkschaft fordert Wiedereinstellung

Was Gewerkschaftsrechte angeht, so hat die Wahl von Hassan Rouhani zum Präsidenten des Iran keine Veränderungen gebracht. Am 15. Oktober forderte der Vorstand der der IUL angeschlossenen Zuckerarbeitergewerkschaft Haft Tapeh den neuen Arbeitsminister formell auf, dafür zu sorgen, dass zwei Gewerkschaftsfunktionäre – Ali Nejati und Reza Rakhshan – wieder eingestellt werden und dass andere Gewerkschaftsführer, die zur Arbeit zurückgekehrt sind (allerdings nicht an ihre früheren Arbeitsplätze), einen Ausgleich für rückständige Löhne und Leistungen erhalten. Sowohl Nejati als auch Rakhshan sind nach einer Haftstrafe wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten auf eine schwarze Liste gesetzt worden und sind nicht in der Lage, irgendwo in der Gegend eine reguläre Beschäftigung zu finden. Ihre Gewerkschaft war im Juni 2008 im Anschluss an einen 42-tägigen Streik gegründet. Seitdem sind Gewerkschaftsführer und -aktivisten wiederholt inhaftiert und schikaniert worden. Bereits am 31. August forder-

te Amnesty International Präsidenten Rouhani auf, „hinsichtlich der Menschen- und Gewerkschaftsrechte während seiner Präsidentschaft ein neues Kapitel aufzuschlagen.“ Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Iran warten noch immer darauf.

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 23.10.2013

Weitere Tote in Fabrik in Bangladesch

Die Clean Clothes Campaign (CCC) ist entsetzt über die Nachrichten eines erneuten Brands in einer Textilfabrik in Bangladesch, bei welchem zehn Arbeiter/innen zu Tode kamen. Aktuelle Berichte besagen, dass zusätzlich über 50 Beschäftigte verletzt worden sein könnten, als ein Feuer in der Aswad Composite Mills Factory in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka ausbrach. In einem Interview des Workers Rights Consortium gaben Beschäftigte an, dass sie hauptsächlich für das Modelabel George, welches zu Walmart gehört, produzierten. Lieferpapiere zeigen, dass weitere Unternehmen in der Fabrik produziert haben sollen, darunter die zwei kanadischen Unternehmen Loblaw und Hudson Bay Company. Die CCC vermutet, dass weitere Modemarken ihre Produktion in der Fabrik Aswad durchgeführt haben könnten. Der Brand ereignete sich knapp sechs Monate nach dem Fabrikeinsturz in Rana Plaza und ist der vierte Brand mit tödlichem Ausgang für Beschäftigte der Textilfabriken in Bangladesch in den letzten zwölf Monaten. Die Clean Clothes Campaign wird gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitsschutzorganisationen daran arbeiten, weitere Informationen über die Umstände des Brandes zu sammeln und darüber hinaus faire Entschädigungen für die Opfer zu fordern.

Quelle: <http://www.cleanclothes.org>, <http://www.femnet-ev.de>, 9.10.2013

Pakistan: Kampf gegen „Wegwerfjobs“

In Pakistan stellen 53 festangestellte Beschäftigte und weitere über 350 Leiharbeitskräfte Cadbury-Markenprodukte für Mondelez (Milka, Jacobs, Cadbury, Philadelphia, LU, Tassimo und Trident) her. Das Management bezeichnet diese Arbeitskräfte als „Außenseiter“ und lehnt die Forderung der Gewerkschaft nach Verhandlungen über ihren Beschäftigungsstatus ab. Obwohl viele dieser Arbeitskräfte schon seit langem ununterbrochen in der Fabrik beschäftigt sind, werden ihnen ihre obligatorischen Renten- und Sozialleistungen verweigert. Die Leiharbeitskräfte müssen enorme Überstunden leisten, sonst wird ihnen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes gedroht. Das Management hat erklärt, dass die

Leiharbeitskräfte „niemals“ eine feste Anstellung erhalten werden, und mit der Schließung der Fabrik gedroht. Gegen aktive Gewerkschaftsmitglieder sind Entlassungsverfahren eingeleitet worden, andere haben Warnschreiben erhalten. Am 13. September starteten die Mondelez-Gewerkschaft und der nationale Verband der Lebensmittelarbeiter/innen eine landesweite Protestkampagne zur Unterstützung ihrer Forderungen, die mit einer Kundgebung vor dem Sitz des Unternehmens in Karachi begann und mit abwechselnden Protestaktionen vor der Fabrik und in Städten des Landes fortgesetzt wurde.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 08.10.2013

Südkorea: Regierung erpresst Gewerkschaft KTU

Die koreanische Bildungsgewerkschaft KTU steht unter massivem Druck. Ultimativ hat die Regierung unter Präsident Park Geun-hye die Gewerkschaft aufgefordert, ihre Satzung bis zum 23. Oktober zu ändern. Falls dies nicht geschehe, werde ihr die Zulassung als Interessenvertretung der Lehrkräfte entzogen. Die aktuelle Satzung der KTU ermöglicht es entlassenen Lehrkräften, Mitglied der Gewerkschaft



zu bleiben. Im koreanischen Arbeitsrecht finden sich jedoch Klauseln, die es Rentnern und Entlassenen verbieten, Gewerkschaftsmitglied zu sein. Mehr als 20 Lehrerinnen und Lehrer, alle Mitglieder der KTU, wurden in der Vergangenheit aus politischen Gründen entlassen: Weil sie öffentlich zur Bildungspolitik der Regierung Stellung bezogen oder Geld für oppositionelle Parteien gespendet hatten. Bisher sind diese Lehrkräfte noch Mitglieder ihrer Gewerkschaft. Die Regierung will das ändern und droht der Gewerkschaft, ihr die Anerkennung zu entziehen, wenn sie ihre Satzung nicht ändert. Politisch motivierte Entlassungen von Lehrkräften wie auch das Verbot einer Gewerkschaftsmitgliedschaft für Arbeitslose und Rentner sind eindeutige Verletzungen internationaler Arbeitsnormen, die von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) auch kritisiert werden. Das scheint die koreanische Regierung jedoch wenig

zu interessieren. Um die KTU zu unterstützen hat die Bildungsinternationale daher ihre Mitgliedsorganisationen weltweit zu Protesten gegen das Vorgehen der koreanischen Regierung aufgerufen. Die GEW beteiligt sich an dieser Protestkampagne.

Quelle: <http://www.gew.de>, 15.10.2013

Brasilien: Regierung gegen streikende Ölarbeiter

Am 21.10. lieferten sich in Rio de Janeiro streikende Ölarbeiter und ihre Unterstützer Kämpfe mit der brasilianischen Armee. Militär und Sicherheitskräfte setzten Tränengas ein und feuerten Gummigeschosse ab. Fünf Demonstranten wurden verletzt. Die Truppen wurden mobilisiert, um die Strandseite des Hotels abzuriegeln, in welchem die Förderrechte für ein großes Offshore-Ölfeld versteigert wurden, und um die Demonstranten zu zerstreuen, die einen Stopp des Verkaufs forderten. Die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores – PT) unterzeichnete vergangenen Freitag ein Dekret zur Mobilisierung von über 1.100 Soldaten. Diese sollen die streikenden Beschäftigten der staatlichen Ölgesellschaft Petrobras

niederhalten, die gegen die Privatisierung des Libra-Ölfeldes Widerstand leisten. Libra ist ein großes Offshore-Ölfeld mit geschätzten acht bis zwölf Milliarden Barrel Öl, die tief unter der ozeanischen Oberfläche unter einer massigen Salzschiefer lagern. Es wird erwartet, dass das Feld nach der Aufnahme des vollen Betriebs in den nächsten 10 Jahren 1,4 Millionen Barrel täglich realisiert. Gleichzeitig mit dem Militär gab die Regierung auch der paramilitärischen Polizei der Inlandstreitkräfte für öffentliche Sicherheit (Força Nacional de Segurança Pública – FNSP) den Befehl, gegen die Streikenden vorzugehen. Die FNSP war im Jahr 2004 vom damaligen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva aufgestellt worden, um Drogenbanden zu bekämpfen. Am 17. Oktober verließen Petrobras-Arbeiter in ganz Brasilien ihre Arbeitsstellen und besetzten das Ministerium für Bergwerke und Energie in der Hauptstadt Brasília. Die Streikführer berichteten von einer 90-prozentigen Teilnahme der Ölarbeiter und dass der Streik fünfzehn Plattformen lahmlegte, die 80 Prozent der Produktion von Petrobras ausmachen. Auch alle 22 Raffinerien von Petrobras sind betroffen. Die Ölarbeitergewerkschaft (Federação Única dos Petroleiros – FUP) erklärt, dass der Streik auch von den Verwaltungs- und Zeitarbeitern (terceirização) unterstützt werde. Im Bündnis mit der FUP steht die FNP

(Federação Nacional dos Petroleiros), eine kleinere, „radikale“ Vereinigung von fünf Petrobras-Gewerkschaften. Zusätzlich zu der Forderung, die Libra-Auktion zu stoppen, verlangen FUP und FNP eine Lohnerhöhung um 7,68 Prozent (1,5 Prozent über der Inflationsrate) und die Zurücknahme des angekündigten Gesetzes, welches den Weg frei machen würde für Einstellungen von Zeitarbeitern im gesamten Unternehmen.

Quelle: <http://www.wsws.org>, 25. Oktober 2013

Mexiko: Lehrer unterrichten wieder, aber weitere Proteste

In Mexiko haben Lehrer nach mehrwöchigen Protesten gegen eine Bildungsreform der Regierung von Präsident Enrique Peña Nieto den Unterricht wieder aufgenommen. Der Disput um die Reform, nach der die Leistung von Lehrern stärker evaluiert, soziale Sicherungen abgesenkt und das Bildungssystem teilweise privatisiert werden soll, dauert jedoch an. Bei einer Abstimmung hatten sich 61,8 Prozent der Lehrer dafür ausgesprochen, ihre Arbeit wiederaufzunehmen, 36,9 Prozent waren dagegen. Ein Teil der streikenden Lehrer bleibt in Mexiko-Stadt, wo sie den Platz rund um das Denkmal der Revolution besetzt halten. Die Pädagogen, die in die Schulen zurückkehren, werden vor Ort weiter protestieren, um die Bildungsreformen rückgängig zu machen. Die Regierung von Peña Nieto drohte indes mit Massenentlassungen. Auch Gespräche mit Innenminister Miguel Ángel Osorio Chong haben keine Ergebnisse gebracht. Im südlichen Bundesstaat Chiapas hat sich die Diözese in San Cristóbal mit den streikenden Lehrern solidarisiert. Die örtliche katholische Kirche lehnt die von der Regierung bereits beschlossenen Änderungen der Paragraphen 3 und 73 der mexikanischen Verfassung ab. Diese Verfassungsänderungen begünstigen die Privatisierung des Bildungssektors. In Bundesstaat Quintana Roo wurden die Protestierenden vor dem Rathaus in Cancún von der Bundespolizei mit Schlagstöcken und Tränengas angegriffen. Beobachter sprechen von acht verletzten Lehrern und vier verletzten Polizisten, 58 Teilnehmer seien festgenommen worden. Am 7.10. setzten die Lehrer ihre Proteste am Rathaus fort, dabei wurden sie von der Bundespolizei erneut mit Schlagstöcken attackiert. Zudem setzten auf den umliegenden Dächern postierte Polizeikräfte Gummigeschosse ein. Einige Lehrer, die von der Polizei verfolgt wurden, fanden in einer Kirche Zuflucht. Der Pfarrer verhinderte, dass die Polizisten die Schutzsuchenden aus dem Gotteshaus herausholten.

Quelle: <http://amerika21.de>, 6.10.2013



Sichere Energieversorgung für einkommensarme Haushalte umsetzen – Nationale Armutskonferenz unterzeichnet Charta zur sozial gerechten Energiewende

BERLIN. Die Nationale Armutskonferenz fordert Union und SPD auf, in den Koalitionsverhandlungen Weichenstellungen für eine sozial gerechte Energiewende vorzunehmen. „In den vergangenen Jahren sind die Energiepreise drastisch gestiegen. Das ist nicht Schuld der Energiewende, sondern von Preisgarantien, die auch Kohle- und Atomstrom-Produzenten zugutekommen“, erläutert Joachim Speicher, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz. Tatsächlich werde Ökostrom immer günstiger. „Günstigere Erzeugungspreise und sinkende Preise an der Strombörse müssen aber auch bei den Verbrauchern ankommen“, fordert Speicher.

Heute seien Unternehmen und Haushalte mit einem hohen Verbrauch im Vorteil, da sie Preisnachlässe bekämen. „Stattdessen brauchen wir eine Grundversorgung mit Energie zu gleichen Preisen. Wer mehr verbraucht, soll dann auch mehr zahlen“, so Speicher weiter. Von einer günstigeren Grundversorgung würden vor allem einkommensarme Haushalte profitieren, die durchschnittlich wenig Energie verbrauchen. „Ebenso müssen die Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen drastisch reduziert werden. Das Geld soll stattdessen in den sozialen Ausgleich fließen.“

Insbesondere bei Hartz IV seien Regelungen zu einer sicheren Energieversorgung versäumt worden. Der Regelsatz müsste laufend an die gestiegenen Energiepreise angepasst werden. Bei den Heizkosten müssten die realen Kosten und die reale Wohnungsgröße als Maßstab gelten. „Wenn nur Wohnungen mit schlechtem energetischem Standard und niedrigen Mieten als angemessen gelten, darf das nicht zu Nachteilen für die Hartz-IV-Empfänger führen“, so Joachim Speicher.

Jährlich werden bis zu 800 000 Haushalten Strom oder Gas gesperrt. „Diese Entwicklung muss von der Politik endlich aufgehalten werden. Bei der Problemlösung müssen Sozialämter, Schuldnerberatung und Energielieferanten zusammenarbeiten. Die Grundversorgung muss gesichert werden, Schulden vom Sozialamt übernommen werden können. Wir dürfen nicht Haushalte in kalten und dunklen Wohnun-

gen sitzen lassen, weil die Politik ihrer sozialstaatlichen Verantwortung nicht gerecht geworden ist“, fasst Speicher die Forderungen der Nak zusammen.

Die Charta zur sozial gerechten Energiewende wurde heute von einem Bündnis aus Sozial- und Umweltverbänden der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Charta steht im Internet unter:

<http://nationalemarmutskonferenz.de/>

Entwicklungsministerium ist keine Restgröße

BERLIN. Entwicklungspolitik muss in einer neuen Bundesregierung eine deutliche Aufwertung erfahren. Dieser Bereich internationaler Beziehungen darf nicht länger als „Restgröße“ behandelt werden, die am Ende der Verhandlungen inhaltlich und personell aufgefüllt wird. Dies fordert der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD. VENRO hält es für notwendig, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als eigenständiges Ressort für globale Strukturfragen auszubauen. Auf das Ressort kommen neue und wachsende Anforderungen zu, so z.B. eine aktivere Mitwirkung an der aktuellen Diskussion über neue globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele, die 2015 die Millenniumsziele ersetzen sollen. Die neuen Ziele sollen sich an der Überwindung von Armut, an sozialer Gerechtigkeit und an Nachhaltigkeit orientieren – und sie sollen für alle Länder gelten, nicht nur für Entwicklungsländer. „Damit wird Entwicklungspolitik ambitionierter als in der Vergangenheit“, so Ulrich Post, Vorstandsvorsitzender von VENRO. „Eine ambitionierte Entwicklungspolitik ist eine Investition in globale Stabilität, Sicherheit und Gerechtigkeit. Insofern muss dieser Politikbereich auch finanziell endlich besser ausgestattet werden.“ Dabei sei darauf zu achten, dass die Mittel vor allem armen Bevölkerungsgruppen zugutekommen. Überdies soll sich das Entwicklungsministerium stärker als bisher für Verfahren zur besseren Ressortabstimmung in der Politik gegenüber Entwicklungsländern einsetzen. Das ist dringend notwendig, um die Nichtbeachtung von Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen zu verhindern. Fortschritte und Defizite bei der Ressortabstimmung sollten in einem jährlich erscheinenden entwicklungspolitischen Kohärenzbericht dargestellt werden. Darüber hinaus setzt sich VENRO dafür ein, dass die seit vielen Jahren bewährte entwicklungspolitische Zusammenarbeit von Regierung und Zivilgesellschaft ausgebaut und verstärkt wird – um das Subsidiaritätsprinzip zu stärken und um den schleichenden Verstaatlichungsprozess

in diesem Politikfeld zu stoppen. Die Bundesregierung sollte sich zudem verpflichten, die Transparenz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen, indem sie die Öffentlichkeit jährlich über die Höhe und Verwendung der Mittel informiert. <http://venro.org/presse/>

Aushöhlung des Parlamentsvorbehalts verhindern

KÖNIGSWINTER. Der Arbeitskreis DARMSTÄDTER SIGNAL – das kritische Forum für Staatsbürger in Uniform – spricht sich auf seinem 89. Arbeitstreffen für die Beibehaltung der konstitutiven Zustimmung des Bundestages zu jedem bewaffneten Einsatz der Bundeswehr aus. Der Vorschlag der CDU in den Koalitionsverhandlungen das Parlamentsbeteiligungsgesetz zu ändern muss abgelehnt werden, um das Prinzip der Parlamentsarmee verfassungsgemäß zu erhalten. Dies gilt auch für sogenannte „Bündnisverpflichtungen“ und die Mitwirkung von Bundeswehrsoldaten in multinationalen Stäben – und zwar vor dem Beginn einer solchen Mission. Nicht mandatierte bzw. durch das Parlament nicht gebilligte Mitwirkung an Kampfeinsätzen hat zu unterbleiben. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt darauf hingewiesen, dass bewaffnete Einsätze ohne Parlamentsbeteiligung unzulässig sind. Eine generelle bzw. pauschale Übertragung der Kommandohoheit ist aus unserer Sicht nicht zulässig.

www.darmstaedter-signal.de

30.11.: Energiewende retten – AKW abschalten!

BERLIN: Bundesweite Demonstration und Umzingelung des Kanzleramts: Uns stinkt es gewaltig! Wir sind doch nicht deshalb mit Hunderttausenden gegen Atomkraft auf die Straße gegangen, damit jetzt immer mehr schmutziger Braunkohlestrom produziert wird. Wir sehen nicht ein, dass flexible Gaskraftwerke stillgelegt werden, während hochgefährliche Atommeiler mit voller Last weiterlaufen – selbst dann, wenn, wie immer öfter der Fall, Sonne und Wind schon einen großen Teil des Strombedarfs decken. Uns nervt es kolossal, wie die PR-Abteilungen der Stromkonzerne es geschafft haben, dass nur noch über Strompreise diskutiert wird statt über die Kosten der Klimakatastrophe und des Atommüll-Desasters.

Und jetzt soll es noch schlimmer kommen: Nach der Wahl, so klang es schon im Wahlkampf aus allen Ecken, kommt die große Reform der Energiewende. Leider denkt die künftige Regierung dabei nicht an eine Beschleunigung des Atomausstiegs. Stattdessen droht ein Ausbremsen der Erneuerbaren und ein „Weiter so“ bei Kohle und Atom. Die

Lobbyisten der Stromkonzerne sind derzeit in Berlin so aktiv wie lange nicht. Sie sehen die Chance, das Rad zu bremsen oder gar zurückzudrehen.

Nicht mit uns! Es ist an der Zeit, wieder auf die Straße zu gehen, um den Mächtigen in Wirtschaft und Politik klar zu machen, dass sie nicht damit durchkommen werden, wenn sie die Erfolgsstory von Sonnen- und Windenergie abwürgen wollen. „ausgestrahlt hat gemeinsam mit der Kampagnen-Organisation Campact die Initiative ergriffen und ist auf Umweltverbände und Initiativen mit dem Vorschlag zugegangen, am 30. November in Berlin eine bundesweite Demonstration für die Beschleunigung der Energiewende zu machen. Wir wollen die Kräfte der Bewegungen bündeln, die gegen Atomkraft, für den Klimaschutz, gegen Fracking, für eine Energiewende in der Hand der Bürgerinnen und Bürger streiten. Bist Du dabei? Wir zählen auf Dich! ... Am 30. November um 13 Uhr am Washington-Platz in Berlin können alle zusammenkommen,

- denen der Atomausstieg viel zu langsam geht,
- die nicht wollen, dass immer mehr Braunkohle verfeuert wird und neue Kohle-Kraftwerke gebaut werden,
- die sich vor Ort gegen Fracking-Pläne einsetzen,
- die es begrüßen, dass Bürgerinnen und Bürger die Energiewende vorantreiben, indem sie selbst zu Stromerzeugern werden und
- die den Ausbau der Erneuerbaren nicht bremsen, sondern intelligent forcieren wollen.

www.ausgestrahlt.de/

Gentechnik im Honig: Gericht weist Imker ab

BERLIN. Imker müssen vorerst nicht besser vor Verunreinigungen ihres Honigs durch den Pollen gentechnisch veränderter Pflanzen geschützt werden. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wies heute einen entsprechenden Antrag ab. Die Imker zeigten sich von der Entscheidung enttäuscht. Konkret ging es um einen Imker aus Bayern, dessen Honig durch einen Gentechnik-Versuchsanbau des Freistaats verunreinigt worden war. Weil er den Honig mit Pollen des Monsanto-Maises MON810 nicht mehr verkaufen durfte, verklagte Karl-Heinz Bablok das Bundesland Bayern. Er forderte bessere Schutzmaßnahmen, vor allem durch größere Mindestabstände zwischen Bienenstand und Gentechnik-Feldern. Zwei bayerische Gerichte lehnten das ab, Bablok legte mit Kollegen Revision ein. Das Bundesverwaltungsgericht entschied nun gegen den Revisionsantrag der Imker. Damit bleiben die Urteile der bayerischen Richter bestehen, wonach größere Schutzabstände oder andere Maßnahmen „nicht verhältnismäßig“ seien. Außerdem begründete das Bundesverwaltungsgericht seine

Entscheidung damit, es sei „zu erwarten, dass der Mais in Deutschland erst dann wieder in Verkehr gebracht wird, wenn sich die Zulassung als Lebensmittel auch auf den Pollen erstreckt.“ Damit sei kein „Feststellungsinteresse“ mehr gegeben. Das Bündnis zum Schutz der Bienen vor Agro-Gentechnik, das die klagenden Imker unterstützt zeigte sich ob dieser Entscheidung „sehr betroffen“. Man werde nun mit den Anwälten das weitere Vorgehen beraten. Gentechnisch verunreinigter Honig ist laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 2011 nicht verkehrsfähig, weil der Pollen der transgenen Pflanzen, in diesem Fall Mais, nicht als Lebensmittel zugelassen ist. Imkerverbände, Verbraucher- und Umweltschützer fordern deshalb, die Imker und ihre Bienen zu schützen. So sollen Landwirte, die gentechnisch veränderten Mais anbauen wollen, mehrere Kilometer Abstand zu Bienenständen halten müssen. www.keine-gentechnik.de/

Anhaltende Proteste innerhalb der Mauern Europas

MÜNCHEN. Überall bilden sich Hot Spots. Kämpfe entflammen sich zu einem Flächenbrand. Überall, wo es polizeiliche und damit einhergehende politische Missachtungen gibt, formiert sich dort oder anders Orts Widerstand. Seien es brutale Attacken seitens der Polizei in Brüssel oder massive Antworten in Hamburg, Wien, Schwäbisch Gmünd, Berlin, Düsseldorf, Bitterfeld, Stockholm ... Auch heute (Sa., 26.10.) fand wieder eine Demonstration unter dem Motto „Freiheit statt FRONTEX! – Dublin II abschaffen! – Fluchtwege öffnen!“ in München statt. Zwischen 15 und 17.30 Uhr zogen die Demonstrant_innen durch die Straßen und verlangten u.a. lautstark vor dem Büro der SPD die Forderungen der Non-Citizens umzusetzen. Ein Non-Citizen des Refugee Struggle For Freedom führte in seiner Rede die bisher geleisteten Proteste auf und verkündete, dass sie weitergehen werden! Get Up, Start Struggle and Get Your Right. Keine Person kann eine andere Person im Gefängnis halten, ohne dass sie eine Straftat begangen hat. Vor vielen Jahren etablierte die Regierung, indem sie ihre politische Kraft nutzte, schwarze Gesetze, um Non-Citizens in Lagern, wie Gefängnisse zu halten – für ihren politischen Profit. Installation von Lagern – eingeschränkte Gebiete, entgegen der Bewegungsfreiheit; Einführung von Essenspaketen; Beginn der Abschiebungen; Stopp der Arbeitserlaubnis und Hinderung der Non-Citizens an grundlegender Bildung in Sprache und anderen Kursen. Dies, um Non-Citizens aus der Gesellschaft

auszuschließen und ruhig zu halten. Dies alles wurde entgegen der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen sowie gegen die grundlegenden Menschenrechte durchgeführt. Schließlich entschieden sich die Non-Citizens dieses Schweigen zu durchbrechen, aus den Lagern zu kommen, um die Gesetzte, wie Residenzpflicht zu missachten. Um Lager zu schließen. Um Essenspakete zu verweigern. Im Kampf für ihre grundlegenden Menschenrechte!

<http://refugeestruggle.org/de>

Limbo tanzen gegen Hungerlöhne

BERLIN. Mit dieser Aktion haben AktivistInnen der Kampagne für Saubere Kleidung und des INKOTA-netzwerks auf dem Alexanderplatz in Berlin auf die schlechte Bezahlung der NäherInnen in Textilfabriken zum Beispiel in Kambodscha und Bangladesch aufmerksam gemacht.

- Bekleidungsmarken und -unternehmen müssen konkrete und messbare Schritte unternehmen, um sicherzustellen, dass in ihren Lieferketten die NäherInnen existenzsichernde Löhne erhalten.
- Nationale Regierungen in textilproduzierenden Ländern müssen Mindestlöhne garantieren, die existenzsichernd sind.
- Europäische Regierungen müssen



die Verantwortlichkeit der Unternehmen für das Leben und den Lohn der ArbeiterInnen in ihren Lieferketten zu regulieren.

Derzeit haben sich bereits über 20000 Menschen mit ihrer Unterschrift an der Onlineaktion für einen Lohn zum Leben beteiligt. Damit werden VertreterInnen der Verbände des Einzelhandels und der deutschen Textil- und Modeindustrie aufgefordert, sich zum Beispiel an der Erarbeitung eines europäischen Aktionsplans zur Umsetzung eines Existenzlohns in der globalen Lieferkette zu beteiligen.

Die Clean Clothes Campaign legt weiterhin den Fokus auf eines der Kernthemen in der globalen Lieferkette: Sie fordert einen „Lohn zum Leben“ und führt konkrete Aktionen durch.

www.saubere-kleidung.de

Es geht um Menschenwürde – sie ist unteilbar

Der Runde Tisch kritisiert die Kölner Stadtverwaltung

Im September 2013 hat die Stadt Köln 325 neu zugezogene Flüchtlinge kurzfristig untergebracht. Bereits vor zwei Jahren war diese Entwicklung absehbar, getan hat die Verwaltung aber nicht viel. 2672 Flüchtlinge leben in Köln, 1000 mehr als 2009, dem Tiefstand der Flüchtlingsunterbringung. Dass vor der weitgehenden Einschränkung des Asylrechts ein Vielfaches von Flüchtlingen in der Bundesrepublik lebten, wird immer wieder verschwiegen. Das müsste aber eigentlich der Maßstab und die Orientierung des politischen Handels sein. Denn wir reden über eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen – von einklagbaren Menschenrechten –, ein Thema, mit dem sich die Verwaltungen auf kommunaler und Landesebene seit 1945 eigentlich ganz gut auskennen.

Von den Kölner Flüchtlingen leben 1735 in Wohnheimen, 580 in Hotel- oder Pensionsbetrieben und 147 in den beiden Erstaufnahmeeinrichtungen in der Herkulesstraße und der Vorgebirgsstraße. Die Verwaltung plant nun, die Einrichtung in der Herkulesstraße auf 450 Plätze zu erhöhen.¹

Das ist eine „Massenunterkunft“, kritisierte der „Kölner Stadt-Anzeiger“ zu Recht diese Planungen. Dabei sollen die drei Stockwerke der ehemaligen TÜV-Immobilie auf drei mal 70 Personen ausgebaut werden und auf dem Gelände sollen vier Containereinheiten für je 60 Personen errichtet werden. Macht zusammen 450 Personen.

Die Ratsfraktion der Linken kritisierte diese Planungen heftig: „Das ist eine Katastrophe! Unter der rot-grünen Ratsmehrheit entstehen in der Kölner Flüchtlingspolitik Verhältnisse, wie zur Zeit der schwarz-gelben Ausgrenzungspolitik in der Verantwortung von Herrn Dr. Bietmann (CDU).

Die Verwaltung bringt die Flüchtlinge in billigen Massenunterkünften unter unmenschlichen Bedingungen unter. Nicht einmal das Niveau, das mit guten mobilen Wohneinheiten möglich wäre, erfüllen die Container, die die Verwaltung einsetzen will. Diese Container werden weder Sanitär- noch Kochgelegenheiten haben.“²

Die örtliche Presse griff diese Kritik auf und schrieb: „Der CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann war bis 2003 der mächtigste Mann im Stadtrat. Als 2001 in Kalk ein Container-Dorf für Flüchtlinge eingerichtet worden war, brauste ein Sturm der Entrüstung durch die Stadt.

Die heute regierenden Parteien SPD und Grüne warfen zusammen mit vielen Hilfsorganisationen der Ratsmehrheit von CDU und FDP sowie

der Stadtverwaltung vor, Flüchtlinge „menschenunwürdig“ zu behandeln. SPD-Parteichef Jochen Ott kritisierte die zentrale Unterbringung von Hunderten Flüchtlingen. Das Container-Dorf, in dem zeitweise 300 Menschen lebten, wurde zum Symbol einer fehlgeleiteten Flüchtlingspolitik.

Die Kritik zeigte Wirkung: Die Vertreter der damaligen politischen Mehrheit fühlten sich zum Ortstermin gezwungen und äußerten sich überrascht über das, was sie mitzuverantworten hatten. Bietmann kündigte eine Wende in der Flüchtlingspolitik an. „Wir haben gelernt“, gab ein FDP-Sozialpolitiker gar zu Protokoll.“³

Aus der damaligen katastrophalen



Beispiele für gute Unterbringung in Wohncontainern, die durch geschlossene Wohneinheiten für mehr Privatsphäre sorgen als die üblichen Massenunterkünfte, leider von der Stadt Köln aber nicht geordert wurden. Im Bild mit Wärmedämmung und einer Verkleidung, bei der die Container gar nicht mehr sichtbar sind.

Unterbringung der Flüchtlinge waren Konsequenzen gezogen worden. Mit großer Mehrheit hatte der Rat die Leitlinien zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen beschlossen und einen Runden Tisch eingesetzt. Mit ihren jetzigen Plänen verstößt die Verwaltung eklatant gegen diese Richtlinien. Das ist schlimm genug. Die Verwaltung hat weder ein Konzept, wie sie langfristig aus der Lage wieder herauskommen will, noch Grundsätze, wie sie aktuell die Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen kann.

So kündigte die Verwaltung in einer Presseerklärung an, neben der Massenunterkunft von 450 Personen in der Herkulesstraße, auch „befristete Wohncontaineranlagen für Flüchtlin-

Quellen:

1 Presseerklärung der Stadt Köln vom 9.10.2013 www.stadt-koeln.de/1/presseservice/mitteilungen/2013/08746/

2 Presseerklärung der Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Köln, vom 9.10.2013

3 Kölner Stadt Anzeiger, 18.10.2013

4 siehe auch Kölner Stadt-Anzeiger vom 18.10.2013. Material kann über Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Köln angefordert werden: dielinke.-fraktion@stadt-koeln.de

5 Presseerklärung des Kölner Flüchtlingsrats vom 9.10.2013

6 Kölner Stadt Anzeiger, 19.10.2013

ge“ über das ganze Stadtgebiet aufzubauen, die „voraussichtlich (auf) 100 Personen begrenzt werden, Sanitär- und Kochgelegenheiten müssen separat von den Wohncontainern errichtet werden.“

Das ist eine Politik der „verordneten Verwahrlosung“, wenn Flüchtlinge nicht menschenwürdig untergebracht werden.

Die Ratsfraktion Die Linke hat die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht, dass es sehr wohl qualitativ hochwertige Containerwohnanlagen gibt, mit Sanitär- und Kocheinheiten und einem äußeren Erscheinungsbild, das nicht an Container erinnert.⁴

Der Kölner Flüchtlingsrat kritisiert die Politik der Stadtverwaltung ebenfalls heftig: „Gerade für besonders schutzbedürftige Personengruppen wie für Kinder, Kranke oder alte Menschen ist das Leben im Container unzumutbar. Eine kurz befristete Unterbringung wäre vielleicht noch hinnehmbar. Aber die Stadt hat weiterhin kein mittel- und langfristiges Konzept für die Unterbringung in festen Einrichtungen mit abgeschlossenen Wohneinheiten. ... Auch hierbei sieht der Flüchtlingsrat einen eklatanten Verstoß gegen die „Leitlinien“.

Claus Ulrich Prölß vom Flüchtlingsrat fordert ein Umdenken: „Die Sitzung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen am 18.10.2013 kann zu einer Zerreißprobe für das Gremium werden. Der Runde Tisch muss sich mutig gegen diese fatale Entwicklung stemmen und humanitäre Standards bei der Flüchtlingsunterbringung einfordern. Es geht um die Menschenwürde – sie ist unteilbar.“⁵

Das tat dann auch der Runde Tisch.⁶ Scharfe Kritik wurden auch von den Caritas-Vertretern Peter Krücker und Monika Kunze vorgetragen. Claus Ulrich Prölß kritisierte die Verwaltung, dass sie einseitig schlechte Container für die Unterbringung von 180 Flüchtlingen bestellt hat. Die Sozialdezernentin Reker verteidigte diesen Schritt und wies auf die schlechte Haushaltslage hin. Der Runde Tisch beauftragte die Verwaltung ein Konzept vorzulegen, wie aktuell Mindeststandards eingehalten werden können und wie die Verwaltung in Zukunft die Leitlinien zur Flüchtlingspolitik wieder einhalten kann.

Jörg Detjen

Soziale Gerechtigkeit verteidigen und ausbauen statt verwässern!

Kölner Persönlichkeiten, vorwiegend Funktionäre aus katholischen Kreisen und der Kölner Sozialdemokratie, von denen ich einige schätzen gelernt habe, diskutieren über den „Zusammenhalt der Stadtgesellschaft“. Ist die Zusammensetzung dieses Kreises kein Zufall und ein Beginn für die Suche nach Inhalten einer Politik von großen Koalitionen in Köln? Mal sehen.

Im Mittelpunkt des Papiers steht nicht die Verteidigung der sozialen Gerechtigkeit und des Sozialstaates, sondern deren Umbau. Mit einem John-F.-Kennedy-Zitat zu Beginn des Positionspapiers: „Frage nicht, was deine Stadt für dich tut, sondern überlege, was du für deine Stadt tun kannst!“ ordnen sich die Unterzeichner gleich in einen bestimmten politischen Zusammenhang ein, nämlich dem Kommunitarismus, eine Politikrichtung, die in den USA stark verbreitet ist. Dort steht nicht der Sozialstaat im Mittelpunkt, sondern das soziale Engagement jedes Einzelnen für und gegenüber der Gemeinschaft.

Die Autorinnen und Autoren werfen die Frage auf, welche freiwilligen Leistungen die Stadtgesellschaft „noch erbringen“ kann und „welche wir uns in Zukunft noch leisten können“. Sie wollen über Prioritäten diskutieren und über Verzicht: „Wir müssen alle unsere Aufgaben – auch im sozialen Bereich – hinterfragen.“

Die zunehmende Armut insbesondere in den Großstädten spielt in der Betrachtung der Autoren keine Rolle. Das verwundert, denn einige der Akteure arbeiten sehr engagiert im Sozialbereich! Muss nicht gerade mehr Geld bereitgestellt werden, um Armut zu bekämpfen oder z.B. die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen? Ist es nicht zynisch und herabsetzend, die aktuelle unwürdige Unterbringung der Flüchtlinge mit knappen Haushaltsmitteln zu legitimieren?

Die Autoren werfen in ihrem Positi-

onspapier eine demagogische Frage auf: „Müssen wir in Köln noch besser sein, müssen wir alles noch barrierefreier, sicherer, umwelt- und sozialverträglicher machen, als der Bund und das Land es vorgeben?“ Weder geht Köln in vielen Punkten über die gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststandards hinaus, noch kann man ernsthaft glauben, diese Mindeststandards seien an sich schon vollkommen ausreichend für eine gerechte Gesellschaft. Und die Autoren greifen dann eine alte FDP-Leier auf: „Vielleicht muss man sich an einigen Stellen wieder auf das Wesentliche besinnen.“

„Köln muss sparen“ kann und darf nicht im Mittelpunkt einer Diskussion stehen, weil das die Kommune in ihrer Finanznot alleine auch gar nicht lösen kann. Die Verfasser widersprechen sich in ihrer Sparwut, wenn sie zu Recht mehr Mittel für die Kommunen fordern. Deshalb ist es verlogen, zu meinen, Spardebatten „auf einem guten Niveau“ führen zu können. Bei den letzten Haushaltsberatungen wurden z.B. die guten inhaltlichen Argumente der Initiativen und Gruppen im Seniorbereich nicht gehört und Sparmaßnahmen durchgesetzt, die genau die sozialen Strukturen des ehrenamtlichen Engagements der Seniorinnen und Senioren hart trafen.

Meines Erachtens wäre es wichtig, die Konflikte, insbesondere die sozialen, nicht zuzuschütten, sondern offen zu benennen. – Das ist der erste Schritt, auch Lösungen zu finden.

Die Verfasser wollen neue Finanzie-

rungs- und Beteiligungsmodelle entwickeln im Sinne von „Wir Menschen sind die Stadt“. Das ist aber sehr widersprüchlich, so wie die Zusammensetzung des Unterzeichnerkreises. Gemeinsam wollen sie dafür werben,

„– dass wir uns fragen, auf was wir wirklich verzichten können“, auf der andere Seite fordern sie

„– dass wir den Zusammenhalt aller Veedel in Köln verbessern.“

Sehr viel Mühe, Kraft und Proteste waren bei den letzten Haushaltsberatungen nötig, um Rot-Grün davon abzuhalten, die zehn Sozialraum-Projekte zu zerschlagen. Statt die Projekte auszubauen, wurden 300 000 Euro gekürzt. Das ist die Realität, vor der man nicht die Augen verschließen sollte. Man kann nicht so tun, als ob es das nicht gegeben hat.

Neben den engagierten Protesten gegen die Sozialkürzungen gab es nach der Verabschiedung des Haushaltes einen Lichtblick. Der Rat der Stadt Köln unterstützte mehrheitlich eine Initiative des DGB nach der Einführung der Vermögensteuer. Der Rat der Stadt Köln ist damit dem Bündnis „Vermögenssteuer Jetzt“ beigetreten. Das ist deshalb ein Lichtblick, weil „Umfairteilen“ der Ausgangspunkt für soziale Gerechtigkeit ist. Fairness ist ein politisches Mittel in der Kommunalpolitik, das nicht nur in Köln entwickelt und ausgebaut werden sollte.

Jörg Detjen, Fraktionssprecher der Linken im Rat der Stadt Köln

Kolonialstraßen umbenennen!

Aufforderung von Nachfahren der Opfer des deutschen Völkermords in Namibia an die Stadt München

Nach der erfolgreichen Durchführung des vierten Panafrikanismus Kongresses am 18.10. & 19.10. 2013 fanden sich heute um 11 Uhr im „Kolonialviertel“, Stadtbezirk Trudering, mehrere Menschen zusammen, um gemeinsam der Opfer des deutschen Kolonialismus aus dem Südlichen Afrika zu gedenken. Neben den zwei Vertretungen aus dem namibischen Parlament, die als Gäste am Panafrikanismus Kongress teilgenommen hatten, waren bei der Zeremonie eine Vertreterin der Stadt München und zivilgesellschaftliche Initiativen anwesend.

Die gemeinsame Blumenniederlegung



an der Hererostraße, Ecke Waterbergstraße, 105 Jahre nach dem Völkermord war ein symbolischer Akt gegen das Vergessen der Verbrechen an den Hereros und Nama durch die deutsche Kolonialmacht.

Hr. Usutuaije Maamberua, Mitglied im Parlament der Republik Namibia und Vorsitzender von SWANU, der Südwestafrikanischen Nationalunion, und Fr. Ida Hoffmann, Mitglied im Zentralkomitee der Partei SWAPO South West Africa People's Organization und Vorsitzende des „Nama Technical Committee“ überreichten Stadträtin Fr. Gülseren Demirel zwei Straßenschilder mit Namens-

vorschlägen (Miriam-Makeba-Str. & Cornelius-Fredericks-Straße).

Die Übergabe an die Vertretung des Oberbürgermeisters der LH München war mit dem Appell verbunden, Straßennamen in Verbindung mit Kolonialverbrechen umzubenennen.

Hr. Usutuaije Maamberua unterstrich in seiner Rede, dass der Vernichtungsfeldzug von General von Trotha einem Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit gleichkäme, das durch die fehlende offizielle Anerkennung als Völkermord von deutscher Regierungsseite noch nicht gesühnt sei. Neben von Trotha zog Fr. Ida Hoffmann die damalige deutsche Reichs-

regierung in die Verantwortung, die dieses Verbrechen angeordnet, zugelassen und begangen hatte. Die Bevölkerung der Herero und Nama warten bis heute auf eine offizielle Entschuldigung seitens der deutschen Regierung. 80% der Herero und 60% der Namabevölkerung wurden während der Vernichtungskriege durch die deutsche koloniale Besatzungsmacht ausgelöscht. Mehrere weitere Rednerinnen und Redner hielten zur Erinnerung am Massenmord an Teilen der namibischen Zivilbevölkerung, dessen Auswirkungen bis in die Gegenwart spürbar sind, eine Gedenkrede.

AK Panafrikanismus München.

Hochschule Mannheim und Stadt Mannheim:

Zwischenbilanz zur „Neuen Migration aus Südosteuropa“

Ein knappes Jahr ist es her, dass sich der Mannheimer Gemeinderat erstmals umfassend mit der „Neueren EU-Binnenwanderung aus Bulgarien und Rumänien“ befasste und einer Vorlage „Sachstandsbericht und erste Handlungsempfehlungen“ zustimmte mit 300 000 Euro flexiblen Mitteln für Integration und Hilfen, sowie zweimal 300 000 Euro für einen „ordnungspolitisch“ orientierten „Außendienst“. – Nun fand an der Hochschule Mannheim in gemeinsamer Trägerschaft mit der Stadt Mannheim eine Podiumsdiskussion statt unter dem vielsagenden Titel: „Neue Migration aus Südosteuropa – nur Herausforderung oder auch Chancen für Mannheim?“. Auf dem Podium die geballte städtische bzw. stadtnahe Praxis und als Moderator Prof. Ralf Vandamme von der Hochschule.

Kritik an rassistischer Perspektive

In einem Impulsreferat geht Prof. Susanne Lang, Medienpädagogin, hart mit der Stadt und der Presse ins Gericht. Sie fragt: Wo ist das Neue an dieser Migration? Man führe einen Diskurs der Differenz, obwohl laut Bundesagenturchef Weise 80% der Ankommenden gute Berufsqualifizierung hätten. Es handle sich nicht einfach nur um Armutsmigration. Und auch die Menschen, die tatsächlich Armutsmigranten seien, dürften laut einer EU-Konvention wegen der Gefahr der Diskriminierung in ihren Heimatländern nicht „zurückgeführt“ werden.

Lang kritisiert den Deutschen Städtetag, der in einer Erklärung die Befürchtung geäußert habe, die südosteuropäischen Migranten böten den Rechtsradikalen eine Projektionsfläche. Lang bezeichnet dies als „sekundären Rassismus“. Anhand von lokalen Medienberichten aus dem Jahr 2011 über die „Neue Migration“ weist sie darauf hin, dass hier ein Diskurs geführt worden sei über „Ordnungsstörungen“ und „Gefährdung durch Migranten“. Die Migranten selbst seien überhaupt nicht zu

Wort gekommen. Die Medienpädagogin stellt dagegen erste Ergebnisse eines Videoprojekts einer Studierendengruppe vor, in dem diese ausführliche Interviews mit Migrantinnen und Migranten aus Rumänien und Bulgarien aufzeichnen, getreu der Devise, nicht über sondern mit den Betroffenen zu reden.

Die Ausführungen der Professorin reizten im Folgenden das gesamte „Praktiker“-Podium zu erheblichem Widerspruch.

Genz: Wir reden inzwischen sehr viel mit den Menschen

Herrmann Genz, Chef des Mannheimer Sozialamtes, stellt die zitierten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit generell in Frage. „Glauben Sie keiner Zahl!“ Er könne für Mannheim nur zwei Zahlen mit Sicherheit nennen: Angemeldet seien zurzeit 3.400 Migranten aus Bulgarien und Rumänien, und 1.200 davon hätten eine offizielle Arbeitsgenehmigung. Er schätzt, dass sich gegenwärtig an die 10 000 Migranten aus diesen Staaten in Mannheim befänden. Die allermeisten in unsicheren Arbeitsverhältnissen. Die Qualifikationen gingen quer Beet. Inzwischen seien beispielsweise ein Drittel aller in Rumänien und Bulgarien ausgebildeten Ärzte in Deutschland beschäftigt. „Einzelbeispiele bringen nichts – es gibt einfach alles!“, entgegnet Genz der Medienpädagogin. Man habe sich inzwischen durch ganz viele Gespräche mit Betroffenen ein umfassendes Bild gemacht

Kritik an EU und Bund

Scharf kritisiert Genz die EU, die die beiden Länder aufgenommen habe, ohne dass diese dafür reif gewesen seien. Ferner kritisierte er SGB II und III, die diese Menschen in die Illegalität drängten durch Arbeitsverbote und Nichtgewährung von Grundsi-

cherung. Gegen die ausbeuterischen Wohnungsverhältnisse, unter denen viele der Migranten leiden, könne man in Baden-Württemberg im Gegensatz zu Hessen rechtlich nicht einschreiten. Skandalös findet Genz auch, dass die beiden Staaten die drei Milliarden „Unterstützungsgelder der EU“ nicht abgerufen hätten. Diese drei Milliarden Euro müssten dorthin umgeleitet werden, wo die Migranten jetzt leben, für Bildung und Unterkunft beispielsweise.

Wie Genz zweifelt auch die Geschäftsführerin des Migrationsbeirates, Daphne Hadjiandreou-Boll, die Zahlen aus Brüssel und der Bundesagentur an: Mannheim habe diese Form der Migration nur in vier Stadtteilen. Dort aber liege die Qualifikationsquote weit unter 80%. Auch sie betont, es gebe inzwischen genug SachbearbeiterInnen bei der Stadt, die sich muttersprachlich mit den Menschen unterhalten können. Daneben gebe es viele Einzelmenschen und Initiativen, die sich um diese Menschen kümmern. Dem pflichtet Genz bei: „Wir brauchen keine neuen Beratungsstellen. Es laufen da genug Menschen rum. Aber die bräuchten ein paar Hunderttausend Euro.“ (Anmerkung: Die wird der neue Doppelhaushalt 2014/15 ihnen jedoch nicht geben. Sogar die 300 000 Euro für Integrationsfonds waren eine Einmalleistung für 2013. Die Landesregierung werde 120 000 Euro stellen, so die Ankündigung in den Haushaltsreden).

Brigitte Bauder-Ztavern, Rektorin der Neckarschule mit einem Migrantenanteil von 90%, kann auf eine eigens eingerichtete Vorbereitungsklasse verweisen, an der 35 vorwiegend bulgarische Kinder unterrichtet werden. Die sonstigen Kinder seien aber durch diese Kraftanstrengung in den Hintergrund getreten. „Wir bräuchten dreimal mehr pädagogisches Personal“. Von der Hochschule Mannheim melden sich im-

mer wieder StudentInnen, die Kinder in Einzelarbeit unterstützen. In diesem Jahr seien es jedoch merklich weniger Studenten gewesen.

Der Quartiermanager der Neckarstadt-West und dortige Bezirksbeirat Gabriel Höfle, weist zum Thema „Helfer“ auch auf eine besondere Variante hin: Es gebe Leute, die „beraten“ rumänische Familien, schreiben ihnen einen Antrag auf Kindergeld und kassieren dafür 300 Euro. Ausbeutung durch Beratung.

Höfle, der gleichzeitig Vorsitzender des Mannheimer Mietervereins ist, spricht die Wohnungsprobleme an. Die Migranten hätten auf dem freien Wohnungsmarkt eigentlich keine Chance. Das beginne schon damit, dass seit der letzten Mietrechtsreform die Vermieter vom Antidiskriminierungsgesetz ausgenommen sind, sofern sie nicht mehr als 50 Wohnungen in ihrem Eigentum haben. Sie dürfen dann einen Mieter allein aufgrund seiner Herkunft ablehnen. Außerdem gibt es das Problem, dass viele Migranten kein Bankkonto haben, ohne das sie aber keinen Mietvertrag bekommen. Übrig bleiben dann die extrem ausbeuterischen Wohnungsangebote. Unlängst sei, berichtet Höfle, auf der Friesenheimer Insel eine Lagerhalle aufgefallen, in der als Tagelöhner ausgebeutete Arbeitskräfte hausen. Zur Verbesserung der Wohnsituation bedürfe es dringend einer finanziellen Unterstützung durch den Bund.

Hermann Genz sagt zu dem Wohnungsbedarf der vermuteten 10 000 süd-osteuropäischen Einwanderer schlicht: „Darauf hab ich auch keine Antwort!“

Probleme haben „die da unten“, gleich woher sie kommen

Damit ist die Diskussion an einem Punkt angekommen, an dem deutlich wird: Viele der als „Migrantenprobleme“ bezeichnete Sachverhalte sind letztlich solche von Ausbeutung und ausgebeutet werden, von allgemeinem Wohnungsmangel für Menschen mit schlechten Einkommen, von Gesetzen, die die Menschen nicht vor der Extremausbeutung schützen, sie im Gegenteil in die Illegalität drängen, wo sie sich nicht wehren können, von Bildungsarmut.

Die „ordnungspolitischen“ Aktivitäten der Stadt kamen bei dieser Diskussion überhaupt nicht zur Sprache. Es gibt aber leider viele Hinweise, dass die „Willkommenskultur“, von der allzu gerne gesprochen wird, in Wirklichkeit gespickt ist mit Fußangeln bei der Vergabe von den bisher dringend benötigten Gewerbescheinen, oder mit Abmeldungen von Amts wegen.

So ganz falsch lag die Professorin Lang mit ihren Bemerkungen im Eingangreferat nicht.

Thomas Trüper

Kommunale Politik

Stadtwerke: Linke fordert Ende der Quersubventionierung des Flughafens.

DORTMUND. Die Fraktion Die Linke hat vor dem Hintergrund von Kürzungsabsichten im öffentlichen Personennahverkehr ein Ende der Quersubventionierung des Dortmunder Flughafens gefordert. „Beim ÖPNV zu kürzen, aber Billigflüge zum Komasaufen nach Mallorca zu subventionieren ist verkehrspolitischer und sozialpolitischer Irrsinn“, so Fraktionssprecher Utz Kowalewski provokant. Stattdessen soll nach dem Willen der Linken die vertragliche Schuldenübernahme des Flughafendefizits durch die Stadtwerke aufgekündigt werden – Kostenpunkt rund 20 Mio. Euro, die jedes Jahr von den Stadtwerken aufgebracht werden müssen. Ins gleiche Horn stößt auch die Sprecherin der Bezirksgruppe Dortmund-Ost der Linkspartei. „Gerade in benachteiligten Sozialräumen in den Außenbezirken wie Scharnhorst, Lanstrop oder Wickede sind die Menschen auf einen bezahlbaren und gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Hier wollen wir keine Abstriche machen“, so Nancy Ann Ritschl. Ritschl, die die Linke auch im Sozialausschuss des Rates vertritt, verweist auf Alternativkonzepte der Ratslinken zur Defizitabsenkung, die vom Flughafenbauer Faulenbach da Costa erarbeitet wurden. „Bisher wurden Möglichkeiten den Dortmunder Flughafen mit den Flughäfen Paderborn und Münster/Osnabrück zu einem Flughafenverbundsystem weiterzuentwickeln nicht mal ernsthaft geprüft. Die Wirtschaftlichkeit wäre wesentlich verbessert“, so Ritschl. Das Huckarder Ratsmitglied Nursen Konak macht sich Sorgen über die Erreichbarkeit der Nahversorgungseinrichtungen. „Längst nicht alle Supermärkte, Kitas oder Schulen sind auch fussläufig zu erreichen. Kürzungen verschlechtern damit die Mobilität vieler Menschen im Dortmund-Westen. Und auch heute schon sind Menschen aus Bövinghausen fast eine Stunde unterwegs, wenn sie am Wochenende vorhaben den Revierpark Wischlingen zu erreichen. Hier sind eher Verbesserungen im ÖPNV gefragt und keine Verschlechterungen“, so Konak.

www.dielinke-dortmund.de

Mehr Bildung für Flüchtlingskinder – Bildungs- und Teilhabepaket ausschöpfen! KÖLN. Gisela Stahlhofen, Fraktionssprecherin der Ratsfraktion Die Linke, erklärt: „Experten beklagen die fehlenden Bildungsmöglichkeiten für Flüchtlingskinder in Köln. Diese beziehen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und sind damit berechtigt, das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes in Anspruch

zu nehmen. Doch dieses Instrument wird von Betroffenen noch kaum genutzt. Es liegt im Interesse der Stadt, das zu ändern!“ Von 95.620 Anträgen auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, die im 1. Halbjahr 2013 bewilligt wurden, stammten lediglich 655 von Flüchtlingen. Das ist allerdings eine beachtliche Steigerung gegenüber dem letzten Jahr. In 2012 standen 417 bewilligten Anträgen von Asylbewerbern 69.184 bewilligte Anträge insgesamt gegenüber. Dazu ergänzt der Fraktionssprecher Jörg Detjen: „Die Betroffenen wissen von dieser Leistung in der Regel nichts. Die meisten sind auch überfordert damit, ihren Kindern selbst Bildungs- und Freizeitangebote zu suchen und dann die verschiedenen Anträge zu stellen. Die Stadt sollte darüber nachdenken, inwieweit sie in Flüchtlingsheimen generell Freizeitangebote von Jugendhilfeträgern organisiert und diese zumindest teilweise über das Bildungs- und Teilhabepaket finanziert. Außerdem muss Personal den Eltern bei der Antragstellung helfen. Diese Gelder ungenutzt zu lassen wäre eine Schande.“ Deshalb hat die Fraktion im Ausschuss für Soziales und Senioren sowie im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales einen gleichlautenden Prüfantrag dazu gestellt. Eine Anfrage der Linken zur Ratssitzung im letzten Dezember hatte ergeben, dass die Zuweisungen für 2013 nur noch in Höhe der tatsächlichen Ausgaben 2012 erteilt werden. Falls diese die Ausgaben 2013 aber übersteigen, kündigte die Verwaltung ebenda an, „die im Gesetz als ‚Ermächtigung‘ dargestellte Regelung gegenüber der Landes- und Bundesregierung einfordern [zu wollen] und eine Änderung dahingehend [zu] verlangen, dass zumindest alle nachgewiesenen Ausgaben bis zu einer Höhe von 5,4 % der KdU den Kommunen nachträglich erstattet werden.“ In den Vorjahren errechnete sich das Volumen des Bildungs- und Teilhabepakets aus den 5,4 % der Kosten der Unterkunft, die in einer Kommune ausgezahlt wurden. Sie beliefen sich 2012 auf 293,5 Mio. Euro. Das entspräche einer Erstattungssumme des Bildungs- und Teilhabepakets von fast 16 Mio. Euro, also mehr als das eineinhalbfache der 2012 verausgabten Summe. Der Fraktionssprecher der Linken, Jörg Detjen: „Die Stadt sollte ihre Absichtserklärung vom Dezember letzten Jahres wahr machen. Sie muss Eltern bei der Antragstellung unterstützen, damit die Mittel in voller Höhe ausgeschöpft werden. Ihre Klagen über ausbleibende Unterstützung bei der Versorgung von Flüchtlingen sind nur glaubhaft, wenn sie alle Finanzierungsmöglichkeiten ausreicht.“

www.linksfraktion-koeln.de

Gaschke tritt zurück – und kräftig nach:

KIEL. Die Ratsfraktion Die Linke begrüßt den längst überfälligen Rücktritt der Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke. „Sie erspart der Stadt Kiel und sich selbst damit ein monatelanges, zermürbendes Abwahlverfahren und macht damit den Weg zur Beseitigung des von ihr hinterlassenen Scherbenhaufens frei“, so Fraktionsvorsitzender Heinz Wieser. Gleichzeitig bedauert es die Ratsfraktion, dass Frau Gaschke die Gelegenheit ihrer Rücktrittserklärung nutzte, noch einmal kräftig nach allen Seiten nachzutreten anstatt endlich die volle politische Verantwortung zu übernehmen und sich für ihre Fehler zu entschuldigen. Die Linke ist froh, dass das Kapitel Gaschke damit endlich beendet ist“, so Wieser weiter. Jetzt muss es darum gehen, möglichst schnell zur politischen Sacharbeit zurückzukehren und die Verwaltung wieder in einen handlungsfähigen Zustand zu versetzen. Dazu wäre es sinnvoll, sich fraktions- und parteiübergreifend auf eine gemeinsame Kandidatin oder Kandidaten zu einigen und Kompetenz statt Parteizugehörigkeit in den Vordergrund zu stellen. www.linksfraktion-kiel.de/

Soziale Wohnungspolitik umsetzen:

BERLIN. Rund 70 Menschen waren am Samstag der Einladung der Linken gefolgt, den Entwurf für ein wohn- und mietenpolitisches Programm für Berlin zu diskutieren. Der Entwurf unterbreitet Vorschläge, wie der rasante Mietenanstieg in Berlin zumindest gebremst werden kann, wie bezahlbarer Wohnraum auch für Menschen mit geringen Einkommen und Transfergeldbeziehende bereit gestellt werden kann und wie die Stadtgesellschaft mehr Einfluss auf die Stadtentwicklung und Lebensqualität in Berlin entfalten kann. Gekommen waren viele Linke aus unterschiedlichen Bezirken, VertreterInnen aus Mieterinitiativen und Stadtteilgruppen. Einführungsbeiträge zum Beispiel zur Wohnbedarfsplanung kamen u.a. von Kotti & Co. und dem Stadtteilbüro Friedrichshain. Es ging nicht nur um die Fragen explodierender Mietpreise und die Verdrängungsprozesse in der Stadt. Die Diskussionen rankten immer wieder um die Rekommunalisierung von Wohnraum, bei denen die Häuser aber unbedingt in die demokratische Selbstverwaltung der Mieterinnen und Mieter gehen sollen. Zu anregenden Diskussionen führten auch die Beiträge vom Mietshäusersyndikat, der Initiative GSW 23 und den BewohnerInnen aus der Pallisadenstraße. Auch hier ging es in erster Linie um Mitsprache und Mitbestimmung der MieterInnen. In den Arbeitsgruppen wurden konkrete Änderungsvorschläge für das wohnungspolitische Programm entwickelt, die in

den Antrag an den Landesparteitag am 23. November einfließen sollen. Auch unsere Abgeordnetenhausfraktion hat ein paar Arbeitsaufträge mitgenommen. www.die-linke-berlin.de

Die Katze beißt sich in den Schwanz:

CHEMNITZ. Der Vorschlag der Verwaltung, nunmehr sachkundige Einwohner aus allen Beiräten der Stadt Chemnitz in die Arbeit der Ausschüsse einzubinden, ist zu begrüßen. Dies stärkt die Beiräte, deren Mitglieder auf Grund von Sachkompetenz und auf Vorschlag von Vereinen und Verbänden gewählt werden, und räumt ihnen ein eigenes Vorschlagsrecht für sachkundige Einwohner in den Ausschüssen ein. So weit, so gut. Doch hat eine Mehrheit der Stadträte eine solche Regelung beschlossen, die dieses Anliegen konterkariert. Mit dieser beschlossenen Änderung der Hauptsatzung wird das Vorschlagsrecht der Beiräte ad absurdum geführt, da beratende Bürger aus Beiräten nur dann in den Ausschuss delegiert werden, wenn kein Stadtrat in dem betreffenden Ausschuss auch im Beirat ist. Die den Änderungsvorschlag der Linken ablehnenden Stadträtinnen und Stadträte sind sich der Einschränkung der Mitwirkungsrechte voll bewusst. Diese Regelung ist gegenüber der jetzt gültigen Hauptsatzung ein Rückschritt. Zukünftig werden weniger sachkundige Bürger aus den Beiräten in den Ausschüssen tätig sein. Unsere Fraktion lehnte daraufhin die Hauptsatzung ab, die letztlich mit nur wenigen Stimmen über der erforderlichen Mehrheit bestätigt wurde. <http://fraktion.dielinke-chemnitz.de/>

Städtetag veröffentlicht Gemeindefinanzbericht 2013:

BERLIN. Die aktuelle Finanzlage der Kommunen zeichnet sich durch starke Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen und Regionen aus. Städten mit guten Einnahmen stehen Städte gegenüber, denen eine Negativspirale droht. Ihnen fehlt Geld für notwendige Investitionen, während die Sozialausgaben und die Verschuldung steigen. In vielen finanzschwachen Städten entsprechen die Kassenkredite inzwischen den städtischen Ausgaben eines ganzen Jahres. Bundesweit haben die kommunalen Kassenkredite ein Volumen von 48 Milliarden Euro überschritten. Das geht aus dem Gemeindefinanzbericht 2013 des Deutschen Städtetages hervor, den der kommunale Spitzenverband unter dem Titel „Mindestfinanzausstattung statt Nothaushalt“ veröffentlichte. „Beim Deutschen Städtetag wächst die Sorge über die zunehmend deutlicher zutage tretenden Unterschiede zwischen Städten in großer finanzieller Not und wohlhabenden Städten. Die kommunalen Leistungs-

anforderungen und Leistungspotenziale klaffen immer weiter auseinander. Gerade bei denjenigen Städten, die sich den größten Anforderungen gegenüber gestellt sehen, bei denen die sozialen und auf Teilhabe und Integration ausgerichteten Leistungen und Infrastrukturen besonders nötig sind, können diese nur noch um den Preis der Verschuldung erbracht werden“, erklärt Dr. Stephan Articus, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. Die Broschüre „Schlaglichter aus dem Gemeindefinanzbericht 2013 des Deutschen Städtetages“ steht frei zum Download zur Verfügung. <http://www.staedtetag.de>

Treibstoff fürs Land: Landkreistag und Bauernverband legen Forderungen zur Entwicklung des ländlichen Raumes vor.

BERLIN. Der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Bauernverband haben Forderungen zur Entwicklung des ländlichen Raumes vorgelegt. Sie fordern für die 18. Legislaturperiode ein Programm zum Breitbandausbau, eine ordentliche Anbindung über Straßen- und Schienenwege, eine dezentralere Energiewende, tragfähigere Strukturen bei der medizinischen Versorgung, mehr Investitionenzugunsten ländlicher Räume sowie eine bessere Steuerung der diesbezüglichen politischen Bestrebungen. Beide Verbände stellten heraus, dass angepasste Rahmenbedingungen, flexible Standards und zusätzliche Investitionsmittel wichtig sind, so dass sich Bürger, Wirtschaftsakteure aus Landwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistung ebenso wie Kommunen möglichst kraftvoll den Herausforderungen einer erfolgreichen zukünftigen Entwicklung stellen können. In der gemeinsamen Verantwortung für den ländlichen Raum fordern Bauernverband und Landkreistag, die im Grundgesetz verankerte Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen politisch nicht aus den Augen zu verlieren. Erst im Sommer war Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied zu Gast im Präsidium des Deutschen Landkreistages. Gemeinsam mit DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré lobte er die gute und fruchtbare Zusammenarbeit beider Spitzenorganisationen, vor allem in Bezug auf die Entwicklung des ländlichen Raumes. Sie sagten: „Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, dass wichtige Zukunftsfragen in der Fläche wie z.B. der Breitbandausbau vorangetrieben werden. In den vergangenen Jahren haben wir bereits intensiv zusammengearbeitet und werden diese Kooperation weiter verstärken. Dies ist gerade in Zeiten zurückgehender EU-Förderung und unabweisbarer Investitionserfordernisse in der Fläche wichtiger denn je.“ www.landkreistag.de/

(Zusammenstellung: ulj)

Verdi im Kampf gegen Niedriglohn



http://www.amazon-verdi.de/

Gelingt es den Gewerkschaften die in den letzten Jahren geschaffene große Niedriglohnzone wieder zurück zu drängen? In dem Kampf um einen Tarifvertrag beim Online-Versandhändler Amazon befinden sich seit letzter Woche Dienstag mehrere Hundert Beschäftigte in den Versandzentren Leipzig und Bad Hersfeld im Streik. Mit dabei waren auch Einzelhandelsbeschäftigte, die ebenfalls die Arbeit niedergelegt hatten. In Leipzig streiken Amazonbeschäftigte bereits seit Montag.

Verdi versucht seit dem Frühjahr mit Amazon Tarifverhandlungen zu führen. Angesichts der Rekordumsätze fordert die Gewerkschaft für die bundesweit rund 9000 Amazonbeschäftigten in den neun deutschen Versandzentren einen Tarifvertrag auf dem Niveau des Versand- und Einzelhandels. Amazon will sich weiterhin an den schlechteren Konditionen der Logistikbranche orientieren und daran nichts ändern.

Zu den Auswirkungen auf den Versand gibt es widersprüchliche Meldungen. Während Amazon behauptet, es würde keine Lieferengpässe geben, berichtet Verdi nachvollziehbar von Kundenbeschwerden wegen verspäteter Lieferungen. Auch eigene Probebestellungen hätten das ergeben.

Einzelhandelsmitarbeiter und Amazonbeschäftigte hatten ihre Streikaktionen erstmals gebündelt. Am 14. November werden in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Tarifverhandlungen für die 265000 Beschäftigten im Einzelhandel weiter geführt.

Die Arbeitgeber fordern flexiblere Arbeitszeitregelungen und bieten eine Lohn- und Gehaltsanhebung von 2,5 Prozent an. Dagegen fordert Verdi die Rückkehr zum Manteltarifvertrag sowie die Erhöhung der Löhne und Gehälter um einen Euro pro Stunde – das sind zwischen 6,5 und 7,5 Prozent.

Laut Verdi bräuchten die Beschäftigten im Einzelhandel eine spürbare Entgelterhöhung und den Schutz ihrer Manteltarifverträge, anstatt Arbeit auf Abruf, Einschnitte bei Spät- und Nachtzuschlägen und Niedriglohngruppen für die Warenverräumung. Bei Amazon müsse es tarifliche Lohn- und Gehaltsregelungen, tarifliches Urlaubs- und Weihnachtsgeld und tarifliche Regelungen u.a. zur Arbeitszeit sowie zu Zuschlägen und Kündigungsfristen geben.

In einem anderen Tarifkonflikt ist

NR. 1 | 2013

ver.di-Informationen für die Beschäftigten im Online- und Versandhandel



Bei den Amazon-Streiks – hier in Bad Hersfeld – sind auch viele junge Beschäftigte mit viel Power und guten Ideen dabei

inzwischen Bewegung gekommen. Bei der NGG und den Arbeitgebern im Schlachtgewerbe deutet sich möglicherweise eine Einigung an. So hat Deutschlands größter Fleischproduzent Clemens Tönnies einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € zugestimmt und dabei auch die Werkvertragsarbeitnehmer mit einbezogen. Vertraglich vereinbart ist aber noch nichts, außerdem ist nicht klar, ob das auch für die ostdeutschen Betriebe gelten soll. Die Verhandlungen gehen im Dezember weiter. *Thorsten Jannoff*

Nach FAZ und Welt vom 30.10.13, muenster.businesson.de 26.10.13, Pressemitteilungen Verdi und NGG

Deutsch-südafrikanische Handelskammer beklagt die Kündigung des bilateralen Abkommens mit Deutschland. FAZ, Mo., 28.10.13. Die deutsch-südafrikanische Handelskammer in Johannesburg teilt mit, die südafrikanische Regierung habe das bilaterale Handelsabkommen mit Deutschland gekündigt. Der deutsche Botschafter und Unternehmensverbände hatten wochenlang versucht, die Kündigung abzuwenden. Die Verträge bieten beispielsweise Schutz vor entschädigungsloser Enteignung. Sämtliche Investitionsverträge mit europäischen Ländern sollen gekündigt werden. 2007 kam es beispielsweise zu einem Gerichtsverfahren, als sich ein italienischer Granitförderer gegen Auflagen für die Förderung der schwarzen Bevölkerung (Black Economic Empowerment) wehrte und dies als Eingriff in seine gesicherten Eigentumsrechte bezeichnete. Aktuell arbeitet Südafrikas Regierung an einigen Gesetzesänderungen, die ihr stärkere Eingriffe in das Wirtschaftsleben erlauben, z.B. die Neufassung eines Gesetzes für den Bergbau, das dem Ministerium er-

laubt, Preise und Exportmengen von strategisch wichtigen Rohstoffen zu diktieren. Dass die Regierung das Abkommen nicht mehr für nötig hält, wird als Zeichen ihres erstarkten Selbstbewusstseins gewertet. Südafrika gehört seit 2010 zum Club der führenden Schwellenländer BRICS an. Bei Verstößen gegen bilaterale Abkommen können Unternehmen vor internationalen Gerichten klagen. Streitigkeiten über nationale Gesetze entscheiden hingegen die nationalen Gerichte. Der Vorsitzende der Südliches Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft, J. Schrempp, sprach von einer äußerst unglücklichen Entscheidung.

BDI fordert die große Koalition zu mehr Investitionen in die Wirtschaft auf. FAZ, Die., 29.10.13 – „Ich kann mir nicht vorstellen, dass die große Koalition Schulden tilgt“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, M. Kerber. Wenn der Bund 30 Milliarden Euro mehr ausbebe, dann sollten nicht zwei Drittel davon in Mütterrente und andere Sozialleistungen und ein Drit-

tel in die Verkehrsinfrastruktur fließen, sondern das Verhältnis umgekehrt sein. „Je mehr wir investieren, umso mehr wachsen wir.“

Wirtschafts-
presse

VDMA: „Wir müssen den Chinesen Paroli bieten“. China habe sich inzwischen an Japan vorbei auf Rang drei der global größten Maschinenexporteure geschoben. „Die Chinesen kommen, aber wir sind stark genug, dagegen halten zu können“ betonte der neue Präsident des Maschinenbauverbandes, R. Festge. Voraussetzung sei allerdings, dass die hiesigen Unternehmen noch stärker mit ihrer Produktion und auch Entwicklung in die Wachstumsländer gehen. Der VDMA erwartet von der Politik, dass der Trend zu mehr Protektionismus gestoppt und Handelshemmnisse abgebaut werden und spricht sich für ein Freihandelsabkommen mit den USA aus. Der Wegfall von Zöllen und Umrüstkosten mit Amerika könnten mehrere hundert Millionen Euro im Jahr einsparen.

Zusammenstellung: rst

Die Grünen nach der Bundestagswahl 2013 und der Bundesdelegiertenkonferenz

B90/Die Grünen haben während der letzten Wahlperiode ein dramatisch zu nennendes Auf und Ab der Zustimmung der Bevölkerung, gemessen mit der Sonntagsfrage, erlebt. In nicht einmal zwei Jahren, zwischen Oktober 2009 und April 2011, veränderten sich die Umfragewerte je nach Institut um 15 bis 20%. Hintergrund waren gesellschaftliche Veränderungen: Einmal eine fast flächendeckende libertäre Rebellion gegen Groß- und Kleinprojekte aller Art, die tief in die Lebenswelt des Bürgertums hinein drangen, Stuttgart 21 war dafür Symbol wie Katalysator. Es war eine bemerkenswerte doppelte Vielfalt in dieser Rebellion zu bemerken: Da war die Vielzahl der Kristallisationspunkte, lokaler Initiativen einerseits und das Zusammenkommen vielfältigster Interessenlagen, Milieus und Individuen an einem Ort andererseits. Das verstärkte einander in der öffentlichen Wirkung. Ein diskursiver Politikstil war gefragt, der autoritäre desavouiert.

Hinzu kam die atomare Sicherheitskrise. Fukushima explodierte am 11. März 2011. B90/Grüne stiegen in Umfragen auf über 20%. Das war allerdings nur ein Bonus. In den Tagen beschloss Angela Merkel das Aus für die deutschen AKWs. Die Sicherheitsrendite dafür sollte sie dann zur Wahl kassieren. Dennoch: Der Parteien-

wettbewerb fand in dieser Zeit stärker als gekannt entlang der gesellschaftlichen Konfliktlinie (Cleavage) Grün-Libertär/Autoritär statt und die grün-libertären Politikangebote hatten Konjunktur.

In dieser Zeit gewannen die Grünen Wahlen, Mandate und Ämter – und Macht. Sie regieren in sechs Bundesländern und sind in allen Landtagen vertreten. Damit verfügen sie heute über mehr Ressourcen als je in ihrer Geschichte. Fakt ist: B90/Die Grünen stehen heute, was ihre Ressourcen betrifft, bestens da.

Diese Erfahrung möglicher Wirkung und Reichweite in den Köpfen, mit dem neuen Gewicht der süddeutschen Grünen um MP Kretschmann und weil sie seit zwei Jahren auf dem Niveau von 15% stabil waren, begannen die Grünen, sich für den Bundestagswahlkampf breiter denn je aufzustellen. Grün wollten sie sein, sozial und liberal. Sie griffen über ihre Milieus und bisherigen Wählerschaften weit hinaus.

Aber die Bindungen zwischen Wählerschaft und den Grünen sind etwas speziell. Die Grünen sind, wo sie an die Macht kommen, durchaus Klientelpartei und können darüber hinaus auch handfeste materielle Interessen breiterer Kreise bedienen. Das haben sie in Kommunen und Ländern, auch auf

Bundesebene, unter Beweis gestellt. Aber dazu braucht es eben diese konkreten, realistische Machtperspektive. Und die gab es bei der Bundestagswahl 2013 nicht, das war ab August ziemlich klar. Somit wurden diese interessensbasierten, „harten“ materiellen Bindungen nicht wahlwirksam. Teile der Wählerschaft orientierten sich diesbezüglich auf die beiden großen Parteien, die sich praktisch in die Macht teilen würden (und wohl auch werden).

Die softeren Bindungen zwischen Grünen und Wählerschaft hatten mit dem zu tun, was Franz Walter die „Aura der Grünen“ genannt hat. Gegen die Grünen sprach fast nichts. Mit ihnen war man irgendwie auf der Seite der Guten. Wie verletzlich diese Aura war zeigte sich, als von interessierter Seite das Thema Pädophilie gespielt wurde. Da hielten die auf Werte, soziale Identitäten, geteilte Erfahrungen und Personen basierten Bindungen nicht stand. Wenn die Grünen nicht die Guten waren – was sprach dann noch für ihre Wahl? Dass nach Joschka Fischer die Grünen keine ähnlich charismatische Figur an ihre Spitze gelassen haben, die das hätte kompensieren können, kam hinzu.

Nimmt man in die Betrachtung des Wahlausgangs noch hinein, dass (1) die Piraten, eine zweite linkslibertäre Partei, den Eintritt in die bundespolitische parlamentarische Arena klar verpassten und (2) die rechtslibertäre AfD überraschend knapp scheiterte, so ergibt sich eine für die Grünen heute und perspektivisch relevante zweifache Verschiebung im politischen Koordinatensystem der Republik. Einmal verschoben sich die Gewichte, wie bereits benannt, vom Grün-Libertären hin zum Autoritären. Dann aber gibt es diese Verschiebung auf der libertären Seite vom Grün/Linkslibertären hin zum Rechtslibertären. Die Grünen, so wäre zu resümieren, finden sich im Parteiensystem auf Bundesebene mit guten Ressourcen versehen, aber ob der Stärke ihrer Antipoden dennoch strategisch geschwächt.

Wie verarbeitete die Partei das Ganze nun auf der jüngsten BDK?

Nüchtern betrachtet haben die Grünen zunächst erst einmal registriert, was der Stand der Dinge ist: Das Ergebnis, die miese Kampagne, die vermeint-



Bild: www.padergrün.de/wp-content/uploads/2013/10/bdk-okt-berlin.jpg

1 Dass sie zudem mit dem Steuerthema gewisse Irritationen auslösten sei nur nebenher erinnert. Zunächst als Beleg für die Fähigkeit der Grünen zum Agenda Setting gefeiert zeigte sich, dass die Möglichkeiten, ein solches Thema gegen die Grünen zu wenden, auf der politischen Gegenseite deutlich größer waren. blieb auch der Wählerstamm davon unbeeindruckt, erschreckte es doch relevante Teile des weiteren Potentials der Grünen.

lichen Fehler. Dass die Fixierung auf Rotgrün allein nun perdu ist und am Ende die Partei immer noch die ist, die sie vor der Wahl war – gewissermaßen. Analytisch war das wenig gehaltvoll.

Zweitens scheint bemerkenswert: Die breite programmatische Aufstellung bleibt wohl erhalten. Zwar wollte man die Energiewende wieder zentral setzen, aber doch auch weiterhin die sozialere Partei als SPD und Linke sein und zudem den politischen Liberalismus als Erbe der versunkenen FDP übernehmen, nebst Wirtschaftsnähe, wofür MP Kretschmann & Co. stehen. Grün, sozial und liberal – das alles sei ökologisches Denken. Da ist die Partei, was ihre politische Positionierung angeht, noch nicht weiter als am Wahlabend.

Drittens, das scheint der bemerkenswerteste Aspekt der Wahlnachlese der Grünen, wurde ein Generationswechsel vollzogen. Vielleicht kommt man einem tieferen Verständnis für das Beharren der Partei auf der programmatischen Verbreiterung der Grünen etwas näher, wenn man annimmt, dass diese Generation nicht mehr vom Band einer Politischen Ökologie als Weltrettungsidee umschlungen ist, sondern von Anbeginn ihrer politischen Sozialisation einer Idee universeller Nachhaltigkeit im Ökologischen, Sozialen und Politischen anhängen. Kleinteilige Verbesserungen, Rationalität des Technischen, Verrechtlichungen universeller Ansprüche – das geht überall und am besten durch Beteiligung am Verwalten und Regieren. Das sind die Grünen, die schon aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Nicht mehr die, die sich da hinein aufgemacht hatten und irgendwann angekommen waren, die Fischer, Trittin, Roth usw. Emanzipationshoffnungen gründen bei den Neuen Grünen, so wird man sie vielleicht nach einigen Jahren nennen, eher im Appell an die Habenden als auf der Aufforderung zur Rebellion, dem „Empört Euch!“. Links ist das nicht, jedenfalls nicht mehr als Vergleichbares aus den Sozialethiken der drei monotheistischen Religionen.

Abschließend sei angemerkt, dass, nachdem Schwarzgrün abgehakt war, die Partei sich wieder mit bekannter Hingabe der Moralisierung der Politik widmete und Aura zu schaffen suchte. Lampedusa wurde skandalisiert. Flüchtlinge wurden auf der BDK-Bühne aufgereiht. Was bekanntlich, darin liegt das Verwerfliche, in keinem Verhältnis zur bisherigen Europa- und Außenpolitik der Grünen stand.

Es wird interessant, ob und wie sich Die Grünen aus diesem Zustand, den eine gewisse Offenheit charakterisiert und der zugleich auch etwas Lähmendes hat, nach vollendeter Regierungsbildung werden befreien können.

Dr. Harald Pätzolt, 24.10.2013

Halbzeit für grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg

Tausend Kleinigkeiten

Das Unglück im Kernkraftwerk im japanischen Fukushima hinterließ im März 2011 in der Öffentlichkeit einen wuchtigen Eindruck; gemischt mit dem schlechten Eindruck, den der damalige CDU-Ministerpräsident Mappus auch bei konservativen Wählern hinterließ, führte das dann bei der Wahl zu einer grün-roten Mehrheit im baden-württembergischen Landtag. Die Grünen konnten somit den Ministerpräsidenten stellen und mit der SPD zusammen die Regierung bilden.

Jetzt ist die halbe Regierungszeit um, Gelegenheit also, Bilanz zu ziehen. Dabei springt die Darstellung etwas von Punkt zu Punkt, sie ist nicht systematisch, aber so ist ja auch die reale Politik, mal ist das dran, dann wieder was anderes.

Streit um Stuttgart 21 zu Ende, aber keine Freude für die Grünen

Eine positive Leistung der Regierung war, dass sie den Streit um das Thema Bau eines Tiefbahnhofs in Stuttgart und der Neubaustrecke zwischen Stuttgart-Ulm befriedet hat. In einem Volksentscheid bereits wenige Monate nach der Wahl hat sich eine Mehrheit der Wähler im gesamten Baden-Württemberg, aber auch im direkt betroffenen Stuttgart, für das Projekt ausgesprochen – das war für den Ministerpräsidenten Kretschmann die Gelegenheit, sich der Mehrheit zu beugen, was für ihn mit seiner Vergangenheit keinen Traditionsbruch erforderte.

Anders für erhebliche Teile seiner Partei, insbesondere jene mit anthroposophischem Hintergrund. Nach wie vor findet wöchentlich der Ritus der Montagsdemonstration statt mit stets um die tausend oder sogar mehr Teilnehmern. Der Verkehrsminister Winfried Hermann von den Grünen tut alles, um die Zusammenarbeit mit der Bahn AG (die sowieso nicht leicht ist) zu erschweren. Der alte und neue Bundesvorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, Direktkandidat in Stuttgart, machte seinen WählerInnen die Hoffnung, im Falle von Rot-Grün im Bund fände man schon noch Mittel, das Projekt zum Scheitern zu bringen – in einer Situation, in der die Bauarbeiten im vollen Gange sind, die ersten Tunnel angeschlagen wurden und die Mehrheit der direkt Betroffenen sich vor allem wünscht, dass der Bau möglichst rasch über die Bühne geht und am Ende die Kostenberechnungen nicht um mehr als das Übliche überschritten sind.

Energiewende ???

Dass die Grünen bei der Landtagswahl im März 2011 mit 24,2% knapp vor der SPD (23,1%) landeten und damit den Regierungsauftrag bekamen, war von den Wählern mit der Erwartung verknüpft, dass die Grünen am ehesten in der Lage wären, den Ausstieg aus der Kernkraft zu bewältigen. Die Ergebnisse sind eher ernüchternd. Die Vorstellung, dass sich die Energiewende

sozusagen von unten selbstverwaltet entwickelt, war naiv. Die CDU-FDP-Vorgängerregierungen hatten eine restriktive Politik beim Aufstellen von Windrädern verfolgt; die Landesplanung setzte viele Ausschlussgebiete fest, um eine „Verspargelung“ der Landschaft zu verhindern, denn für zahlreiche Regionen Baden-Württembergs ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftszweig. Die grün-rote Landesregierung hatte nun die Idee, den Kommunen die Planungshoheit über Windräder zur Stromerzeugung zu überlassen. Die Hoffnung war, dass sich an vielen Orten Bürgergenossenschaften bilden, die die Investition ins Windrad vorfinanzieren und dann hoffen können, dass die versprochene Rendite kommt. Faktisch wurden aber im letzten Jahr in Baden-Württemberg weniger Windanlagen in Betrieb genommen als im CSU-regierten Bayern. Die Gründe sind in jedem Einzelfall verschieden: mal gibt es den Vogelschutz zu beachten, mal gibt es Einsprüche der Flugsicherung, dann darf das Wetterradar nicht gestört werden. Der Hauptgrund ist aber, dass die meisten Lagen in Baden-Württemberg am Grenzwert für die nötige Windhöflichkeit liegen (zu geringe Geschwindigkeit an zu wenigen Tagen). Die meisten Standorte wären nur dann wirtschaftlich, wenn die Subvention durch die Ökostromumlage so hoch bleibt wie derzeit, womit aber Leute, die rechnen können, kaum rechnen.

Bei anderen sogenannten regenerativen Energien sieht es nicht besser aus: ein bedeutender Ausbau der Photovoltaik scheitert an den fehlenden Freiflächen. Biogas scheitert am Motto „auf den Tisch, nicht in den Tank“, eine Ausdehnung des Maisanbaus stößt aber nicht nur an ideologische Grenzen; er ist auch wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll. Die großen Wasserkraftanlagen am Rhein und den Nebenflüssen wurden bereits von den „Energiekonzernen“ modernisiert; zusätzliche Anlagen sind kaum mehr möglich. Um ein Pumpspeicherwerk im Schwarzwald, das zur Zwischenspeicherung von Solar- und Windenergie nötig schien, gab

es lange Streit zwischen der Landesregierung und örtlichen Bürgerinitiativen. Nachdem Einverständnis hergestellt schien, möchte der Betreiber nicht mehr; die Wirtschaftlichkeit sei fraglich geworden.

Das Land wurde zusammen mit einem Verbund von Kommunen Eigentümer des viertgrößten Energieerzeugers der Bundesrepublik, der EnBW. Das war zwar die nicht unumstrittene Tat des Vorgängerministerpräsidenten, aber es bot auf den ersten Blick doch die Chance auf der Seite der großen Mitspieler als Vorreiter der Energiewende tätig zu werden. Auch hier sind aber die wirtschaftlichen Tatsachen hart: Der Konzern macht Verluste, muss sich von Beteiligungen trennen. Die bisher profitablen Kernkraftwerke mussten vom Netz, aber der Konzern wird auch nach dem Abschalten des letzten Kernkraftwerks in Baden-Württemberg nicht „atomstromfrei“ sein. Es bestehen weiterhin Verträge mit dem französischen Staatskonzern EDF zur Stromabnahme aus grenznahen französischen Kernkraftwerken. Das befeuert weiterhin den ideologisierten Kampf zwischen dem landeseigenen Energieerzeuger EnBW und verschiedenen Kommunen, die mit der Gründung eigener Stadtwerke der EnBW das Geschäft erschweren. Das sind im Detail oft sehr verwickelte, für Außenstehende kaum nachvollziehbare Auseinandersetzungen, aber daher auch wenig geeignet als grüne Flaggschiffprojekte der Energiewende vorgezeigt zu werden.

Elternwille

Die Bildungspolitik sollte ein weiteres Erfolgsprojekt grün-roten Regierungshandelns werden. Statt einer frühen Selektion durch das System sollten die Eltern entscheiden, und in nicht allzu ferner Zukunft die Dreigliedrigkeit der Schule durch ein Nebeneinander von Gemeinschaftsschule und Gymnasium ersetzt werden. Sofort nach Regierungsantritt hat die grün-rote Mehrheit durch Landesgesetz die verbindliche Schulempfehlung am Ende der Grundschule nach Klasse 4 abgeschafft. Bis dahin hatten die Lehrer eine Empfehlung ausgesprochen, für welche Schulart ein Kind geeignet ist. Grundlage waren die Leistungen in Deutsch und Rechnen, aber auch Arbeitsverhalten. Die Kritik daran kam von Grünen und SPD und dem Lehrerverband GEW. Ihr hauptsächliches Argument, dass hiermit Kinder aus unteren Schichten, speziell Migrantenkinder, benachteiligt werden, ist in der Wissenschaft umstritten. Es gibt Untersuchungen, wonach „Underachievement“, also Besuch einer Schule, die unter dem Lernpotential eines Kindes liegt, bei der Entscheidung durch Eltern ohne akademischen Ab-

schluss häufiger vorkommt als wenn Lehrer darüber entscheiden. Eigentlich einleuchtend: Für Lehrer ist es ein Erfolgserlebnis, wenn sie sagen können, dazu habe ich beigetragen, dass das Kind was werden kann; während bei Eltern eher die Sorge überwiegt, ob man dem Kind helfen kann in einem dem Elternhaus ziemlich fremden Milieu.

Das politische Signal der grün-roten Landesregierung an die Eltern war also eindeutig: Die Hauptschule bzw. Werkrealschule (= Hauptschule plus angehängte zehnte Klasse zur Berufsvorbereitung) sind Auslaufmodelle. Entsprechend gingen sofort die Anmeldezahlen an den Hauptschulen zurück, im Landesdurchschnitt von knapp 25% eines Jahrgangs auf 15%. Die erhöhten Zahlen von Sitzbleibern an den Gymnasien und Realschulen im abgelaufenen Schuljahr sprechen dafür, dass falsche Schulentscheidungen getroffen wurden. (3,9% der Fünftklässler an Realschulen im Schuljahr 2012/13 mussten die Klasse wiederholen gegenüber 0,7% im Jahr 2011/12; bei den Gymnasien waren es 1,3% der Fünftklässler gegenüber 0,5% im Schuljahr davor).

An den Realschulen hatten nur 60% eine Realschulempfehlung gehabt, bei 23% hatten die Lehrer eine Empfehlung für die Hauptschule ausgesprochen, bei 17% eine fürs Gymnasium. An den Gymnasien war die Situation nicht ganz so dramatisch: 89% hatten eine Empfehlung für diese Schulart, 10% für die Realschule. Soweit die Zahlen des Statistischen Landesamts zu dem gigantischen Schulexperiment. Dazu kamen die Probleme bei den Kommunen, die plötzlich leere Hauptschulen abwickeln und Räume für überfüllte Gymnasien und Realschulen schaffen müssen, mit einer schlichten Umwidmung ist es nämlich meistens nicht getan. Die Gemeinschaftsschule dagegen kommt nicht voran. Es bleibt beim Schulversuch (1600 Schüler gleich 1,7% des Jahrgangs im Schuljahr 2012/13). Ein Konzept für diese neue Schulart mit Lehrplänen und möglichen Abschlüssen ist noch weit vom Gesetzesentwurf entfernt. Sicher wird sich das alles wieder etwas einpendeln; die Eltern werden doch eher wieder auf die jetzt unverbindliche Empfehlung der Lehrer hören; die Schulen werden ihre Anstrengungen erhöhen, um den einzelnen Kindern zu helfen. Auch die SPD-Ministerin, unter deren Regie das geschah, ist inzwischen ausgetauscht; ein in Sachen Bürokratie erfahrener Politiker hat sie abgelöst. Dennoch ist der Schaden erstmal angerichtet.

Elternwille berücksichtigen hört sich eben nur auf den ersten Blick gut an. Die Schule ist keine Veranstaltung der einzelnen Eltern oder eine Dienstleistung, die man entsprechend seinem

Geschmack und Geldbeutel einkauft. Daher war diese abrupte Änderung bei der Schulwahl ohne gesellschaftliche Diskussion, was Bildung soll, und der Herstellung eines gewissen Konsenses darüber, ein derber Fehler der grün-roten Landesregierung. Eine Einigung mit der CDU wäre nicht unmöglich gewesen. Auch bei der Union gab es viele, die entsprechend dem sächsischen Modell die Schule in ein zweigliedriges System umbauen wollten. Aber je näher jetzt wieder der Wahltermin rückt, umso unwahrscheinlicher wird ein parteiübergreifender Konsens.

Nachhaltige Finanzen??

Das größte Problem grün-roter Landespolitik in Baden-Württemberg liegt bei den Finanzen. Konnte Finanzminister Nils Schmid (SPD) im ersten Jahr noch argumentieren, die Schulden, die man jetzt machen müsse, seien Schulden der CDU-FDP-Regierung, die Haushaltsrisiken und verdeckte Schulden hinterlasse habe, zählt das als Argument jetzt nicht mehr. Fakt ist: Baden-Württemberg gehört zu den wirtschaftsstärksten Bundesländern mit entsprechenden Steuereinnahmen, die seit der Wirtschaftskrise wieder ständig gestiegen sind. Die Bevölkerungszahlen nehmen immer noch zu durch Zuwanderung aus anderen Bundesländern und dem Ausland. Die Arbeitslosenquote liegt unter vier Prozent. Neben Bayern müsste also Baden-Württemberg einen Haushalt ohne Neuverschuldung zustande bringen und dann absehbar die vorhandenen Schulden sogar abbauen. Der Finanzminister ging vor der Bundestagswahl von einem „strukturellen Defizit“ von 1,4 Milliarden Euro jährlich aus, wobei er schon Steuererhöhungen nach der Wahl einkalkuliert hatte. Einen Plan, wie diese Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen werden kann, hat er bislang aber nicht.

Ein großer Schlag kann das nicht sein, es müssen „tausend Kleinigkeiten“ sein. In solchen Entscheidungen der Landesregierung war aber bislang die Auswirkung eher gegenteilig: Schaffung neuer Beamtenstellen (z.B. ein neues Integrationsministerium) und Austausch von Beamten mit „falschem“ Parteibuch, höhere Zuschüsse für Privatschulen (das war ein Wahlversprechen an die anthroposophischen Waldorfschulen), Nationalpark mit neuen Beamtenstellen (wir berichteten), höhere Zuschüsse für Biolandwirtschaft (wahrscheinlich nicht ausgeglichen durch andere Kürzungen im Agrarhaushalt); mehr für den Radwegeausbau; Abschaffung der Studiengebühren mit Ausgleich der Einnahmeausfälle für die Unis – die Klientelpolitik hatte, nachdem man endlich „dran“ war, zunächst einmal üppige Blüten getrieben.

Das Land ist nicht grün-rot

Im Überschwang des Wahlergebnisses im März 2011 sahen sich insbesondere die Grünen auf dem Weg zur ideologischen Hegemonie in der Gesellschaft. Dabei hätte dieses Wahlergebnis selbst schon zu einer gewissen Bescheidenheit Anlass geben können. Die CDU war mit 39% nach wie vor stärkste Partei im Lande. Relativ rasch war auch erkennbar, dass das Schwächeln der Konservativen zu einem erheblichem Teil der „Abnutzung“ in der Regierung, repräsentiert im Ministerpräsidenten Mappus, zu verdanken war und sich die Union wieder erholen wird. So erhielt bei der Bundestagswahl die CDU in allen 38 Wahlkreisen des Landes eine Mehrheit bei der Erststimme, also alle Direktmandate. In 28 Wahlkreisen lag der Anteil der CDU sogar bei über 50 Prozent der Stimmen. Die Grünen

kamen nur auf elf Prozent der Zweitstimmen. Das war eine herbe Enttäuschung für die Partei, nicht nur im Vergleich zum Landtagswahlergebnis von 24 Prozent, sondern es waren auch fast drei Prozentpunkte weniger als bei der vorigen Bundestagswahl. Das grün-rote Lager verlor insgesamt, die SPD landete bei 20,6 Prozent der Zweitstimmen.

Nun ist der Vergleich zwischen Wahlen auf verschiedenen Ebenen problematisch. Dennoch scheint es bislang so, dass es die grün-rote Landesregierung nicht geschafft hat, die 2011 vorhandene Enttäuschung über eine CDU mit schwachen Konzepten für die Entwicklung des Landes und einem Personal, das diese Schwäche verkörperte, in eine dauerhafte Bindung an grün-rote Entwicklungspläne umzumünzen.

Sowohl die SPD als noch viel mehr die Grünen sind zu eng mit bestimmten großstädtischen und akademischen Milieus verknüpft und nicht in der Lage Lebensplanungen (noch viel weniger Lebensgefühle) im ländlichen Raum aufzunehmen und zu berücksichtigen. Die Union dagegen hat nicht nur in diesen Regionen des Landes ihre Stellung wiederherstellen und festigen können. Sie erscheint als „schonend modernisiert“-konservativ auch in den Großstädten wieder Boden gut zu machen. Ein Test darauf werden die Kommunalwahlen am 25. Mai nächsten Jahres sein. Werden zum Beispiel die Grünen stärkste Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat bleiben oder wieder von der CDU abgelöst? Wird dort die knappe öko-linke Mehrheit von einer bürgerlichen Mehrheit abgelöst? Spannende Fragen. *Alfred Küstler*

Kaum hat die bayerische Linke nach dem Landtags-, Bezirkstags- und Bundestagswahlen etwas Luft geschnappt, geht es weiter, denn im März 2014 sind Kommunalwahlen. In Bayern müssen Parteien, die bei den letzten Landtags- bzw. Bundestagswahl unter 5 Prozent blieben und nicht bereits im Gemeinde- bzw. Stadtrat vertreten sind, Unterstützungsunterschriften beibringen, die nicht gesammelt werden können, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern persönlich auf der Gemeindebehörde geleistet werden müssen. Da die Linke diese Hürde bei

der Landtagswahl weit und bei der Bundestagswahl deutlich unterschritt, wird eine bedeutende Ausweitung des kommunalpolitischen Engagements schwerfallen. Wird die Linke in den großen Städten, in denen der Partei vor sechs Jahren der Sprung in die Stadträte gelang, ihre Positionen halten oder sogar verbessern können?

Der nachfolgend dokumentierte Vortrag, den die Münchner Stadträtin Brigitte Wolf zur Startveranstaltung der Arbeit am neuen Kommunalwahlprogramm gehalten hat, gibt einen Eindruck, wie es die Linke versuchen

will. Die lebhafteste Diskussion auf dieser Veranstaltung – über dreißig Interessierte waren gekommen – kreiste um die Frage, wie die Linke die unerlässliche Konkretisierung ihrer Politik auf -zig Projekte kommunaler Politik leisten und Schwerpunkte griffig darstellen könnte. Man einigte sich darauf, dass in einem ersten Schritt die Überarbeitung des umfangreichen Kommunalwahlprogrammes für 2008 erfolgen soll, unter breiter Beteiligung der Partei und der Kooperationspartner, die sich in der Praxis der letzten Jahre gefunden haben. Martin Fochler

Startveranstaltung zur Arbeit am Kommunalwahlprogramm in München

Vortrag von Brigitte Wolf (Konzept)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Bündnispartner, liebe Freunde! Die Wahlergebnisse im letzten September weisen der Linken die Rolle der Opposition zu. Der Schwerpunkt der öffentlichen Meinung hat sich rechts von der Mitte gebildet. Aber bis weit hinein ins konservative Lager wissen die Leute, dass es eine Partei braucht, die nicht bereit ist, soziale Belange zu opfern. Die breite Öffentlichkeit erwartet von uns fundierte Kritik, sachkundige Opposition und Eintreten für konkrete Verbesserungen. Mit solchen Erwartungen war der Parteibildungs-

prozess hin zur Linken in Gang gekommen, und diese Richtung hat unsere Partei letztlich auch eingeschlagen.

Vor sechs Jahren haben wir unsere Aufgabe in der Kommunalpolitik bündig in der Aussage „Solidarisches München – München für Alle!“ gefasst* und ausführlich konkretisiert, wie dieses Ziel in der kommunalen Politik verfolgt werden kann. Auf dieser Grundlage haben uns die Wählerinnen und Wähler drei Mandate zugesprochen, die SPD erhielt zusammen mit Grünen/rosa Liste und Oberbürgermeister 46 Mandate und damit eine stabile Mehrheit im Stadtrat. In dieser Konstellation suchten wir die Zusammenarbeit mit sozialen und politischen

Bewegungen – eine Politik der besseren Argumente.

Wir haben unseren Beitrag geleistet, haben Argumente in den Stadtrat getragen und Fakten aus der Verwaltungsarbeit den sozialen und politischen Bewegungen zur Verfügung gestellt. Wo es aber um in die Zukunft weisende Beschlüsse des Stadtrats ging, konnten wir Fehlentwicklungen nicht einmal ansatzweise stoppen.

Es war ein Fehler des Stadtrats, die Steuerung der Kliniken gerade dann aus der Hand zu geben, als eine grundlegende Umstrukturierung des Gesundheitswesens anstand. Damit wurde die öffentliche Diskussion über Art und Umfang dieser Leistungen ab-

* http://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/fileadmin/srmuenchen/dokumente/2007_2/071021_Linke_strprg08_ansicht.pdf

gewürdigt. Diese wichtige Frage: Was soll und kann das Gesundheitswesen leisten und wie steht es um die Belange der Beschäftigten verblasst, es geht nur noch um Skandale und Finanzlöcher.

Es war und bleibt ein Fehler des Stadtrats, die Verbindung des Großraums Münchens mit der Welt durch Gigantomanie des Flughafens anzustreben. Wenn wir dieser Tage in der Zeitung lesen, dass in der SPD daran gedacht wird, die Flughafenanteile zu verkaufen, um sich so aus der politischen Verpflichtung des Bürgerentscheids von 2012 zu lösen, sehen wir wieder die Tendenz, sich um die Erfüllung von Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung zu drücken, und Entscheidungen in die Welt wirtschaftlicher Entscheidungen zu verschieben.

Eswäre ein Fehler, die Münchner Stadtwerke im Rahmen der Energiewende auf den Weg weltweiten Engagements zu schicken. Weltweit werden Milliarden Euro investiert – ohne demokratische Steuerung und Kontrolle. Risiken aus diesen Geschäftsfeldern für den Münchner Haushalt werden schlicht ausgeblendet. Ähnliches gilt für die Münchner Messe und den Flughafen, die gleichfalls weltweit tätig sind.

Es war und bleibt ein Fehler, sich auf den Bau des 2. Stammstreckentunnels festzulegen. Dadurch werden zahlreiche Projekte im ÖPNV blockiert, die für ein zukunftsfähiges Netz unerlässlich sind.

Wir erkennen natürlich an, dass der Stadtrat – oft einstimmig – sich bemüht hat, sozialen Missständen etwas entgegenzusetzen. Beispiele dafür sind: Ausbau der Kindertagesbetreuung, zusätzliche Stellen in der Schulsozialarbeit, das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm, das Konzept sozialer Mietobergrenzen, kulturelle Zentren in den Stadtvierteln, Ausbau der Volkshochschule, Zuschüsse an zahlreiche Vereine, Projekte und Initiativen aus dem sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich.

Zwar hat die Stadt ihre zwei großen Münchner Wohnungsbaugesellschaften in städtischer Hand behalten und hat so weiterhin Einflussmöglichkeiten auf den Wohnungssektor in München. Und in diesem Jahr hat der Stadtrat auch als Ziel vorgegeben, jedes Jahr 1000 Wohnungen neu zu bauen und zu sanieren. Doch diese Entscheidung kam um Jahre zu spät, um noch Auswirkungen auf die explodierenden Mietpreise in der Stadt haben zu können.

Der Stadtrat hat auch mit großer Mehrheit das Leitbild der „Stadt im Gleichgewicht“ beschlossen.

Die Entwicklung geht aber genau in die andere Richtung.

Obwohl München boomt, wird die soziale Spaltung in München immer

größer. Arm trotz Arbeit, Altersarmut, Armut in Familien, Langzeitarbeitslosigkeit – allzu oft wird dies in der konkreten städtischen Politik vergessen. OB Ude ging in seiner jüngsten Haushaltsrede sogar so weit zu behaupten, München sei ein Opfer der weltweiten Armuts- und Reichtumswanderungen. Dass die strukturelle Armut längst ein Münchner Kindl ist, wird so bewusst gelegnet.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir müssen heute entscheiden, wie wir zu unserem Programm von 2008 stehen. Es ist in seinem Umfang und inhaltlichen Breite eine Art Gründungsdokument der Münchner Linken, es war uns bei der Arbeit in den letzten sechs Jahren oft eine wichtige Hilfe. Meiner Meinung nach sollten wir dieses Programm fortzuschreiben. Für eine Neuarbeitung fehlt uns nach den Anstrengungen der vergangenen Monate auch die Zeit. Deshalb wollen wir heute Arbeitsgruppen zur Sichtung und Überarbeitung der fünfzehn Gliederungsabschnitte bilden. Bei der Überarbeitung kann es durchaus auch zu Streichungen kommen, Bedingung ist dies aber nicht. Denn das von einer Kreismitgliederversammlung zu beschließende Kommunalwahlprogramm wird nicht nur im Wahlkampf benötigt, es wird ja auch Grundlage der Arbeit unserer künftigen Stadträtinnen und Stadträte sein.

Darüber hinaus müssen wir uns aber der Frage stellen, wie es mit der Stadtentwicklung weiter gehen soll. München ist eine Stadt im Wandel. Es gibt das Modell der Mega-City, die Sitz von zentralen Einrichtungen der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ist. Die Politik in Stadt und im Land gehen in dieser Richtung. Die Menschen wollen es aber nicht. Das zeigt sich in der Ablehnung von Infrastrukturprojekten, die in diese Richtung gehen.

Wir brauchen also ein Gegenmodell zur Mega-City, und wir müssen uns fragen, ob es ein realistisches Gegenmodell überhaupt gibt. Einen Fingerzeig gibt es schon. So ist München relativ gut durch die Krise gekommen, weil es hier ein produktives Nebeneinander von Gewerbe, Industrie, Dienstleistung, Wissenschaft und Kultur gibt. Und auch, weil starke Kommunen und Regionen ihren Teil zu einem wirtschaftlich und kulturell vielseitigen Netzwerk beitragen, das auf veränderte Herausforderungen elastisch reagieren kann.

Diese Vielseitigkeit zu erhalten, ist Aufgabe der öffentlichen Hand. Sie muss sich der Idee der Maximalverwertung entgegen stemmen. Wenn die Stadt ihre Parks und Grünflächen erhält, dann entgehen ihr vielleicht Einnahmen, aber die Lebensqualität und damit das Leistungsvermögen nehmen

zu. Wenn die Stadt Luxuswohnungen verhindert, entgehen Einnahmen, aber es bleiben Existenzen möglich. Wenn die Stadtgesellschaft den Dialog mit dem Umland und mit den Nachbarregionen sucht, werden sich in vielen Standortfragen wechselseitig vorteilhafte Lösungen finden lassen. Wenn die Kooperationszusammenhänge in der Region klarer werden, können auch die Anforderungen an das Verkehrsnetz konkretisiert werden. Horrorvorstellungen wie der Autobahnsüdring können dann vielleicht begraben werden, für zweifelhafte Planungen wie den 2. Tunnel werden sich glücklichere Lösungen finden lassen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch in München ist der Fortbestand einer Stadtratsmehrheit links von der Mitte nicht sicher. Der Grund dafür liegt nicht in einer Aversion der Münchnerinnen und Münchner gegen die sozialen Ziele und die erreichten Ergebnisse. Er liegt nicht darin, dass SPD und Grüne sich hier dem Marktgeschehen entgegenstemmen, es liegt eher an einer Orientierungslosigkeit gegenüber den Marktkräften und den Gegebenheiten der großen Politik.

Das abnehmende Engagement der SPD und der Grünen in Sachen Soziales und Menschenrechte führt dazu, dass sich diese Aufgaben mehr auf uns verlagern. Die Tatsache, dass den sozialen und menschenrechtlichen Zielen, die von breiten Kreisen getragen werden, keine angemessene Vorstellung von Entwicklung der Stadt entspricht, kann politische Lethargie und Resignation erzeugen. Denn wenn es auch wahr ist, dass unsere Politik in den Institutionen nur im Bündnis mit gesellschaftlichen Diskussionen und Bewegungen voran kommen kann, so ist es auch richtig, dass unsere politischen Anliegen im System energisch, kritisch und sachkundig verfolgt werden müssen.

Dieser Aufgabe können wir uns im Wahlkampf glaubhaft stellen,

- weil wir in der Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Kräften vorangekommen sind. Wenn wir für unsere offene Liste Kandidatinnen und Kandidaten aus diesem Bereich gewinnen, dokumentieren wir, dass wir für diese Ziele ansprechbar waren und bleiben.

- Weil wir im politischen Tagesgeschäft der städtischen Selbstverwaltung oft genug für unsere sozialen Zielsetzungen von Hilfesuchenden beim Wort genommen worden sind. Wir sind hierfür ansprechbar und wir würden es bei einem besseren Wahlergebnis in noch höherem Maße sein können.

- Weil wir am Ziel einer solidarischen Stadt festhalten werden.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.

www.dielinke-muc.de/fileadmin/kvmuenchenzwei/Kommunalwahl/material/131027_BW_KonzeptWahlkampfInMuenchen.pdf

Wahlergebnis Tschechien	Sitze	Stimmenanteil	Stimmen	Stimmen- anteil 2010	Stimmen 2010	Stimmen- anteil Diff.	Stimmen Differenz
ČSSD (Sozialdemokraten)	50	20,45%	1.017 000	22,08%	1.155 000	-1,63%	-138 000
ANO (Liste von Babiš)	47	18,65%	927 000				927 000
KSČM (Kommunisten)	33	14,91%	741 000	11,27%	589.765	3,64%	151.235
TOP 09 (Rechtsliberale)	26	11,99%	596 000	16,40%	874 000	-4,41%	-278 000
ODS (Bürgerliche)	16	7,72%	384 000	20,22%	1.058 000	-12,50%	-674 000
Morgenröte direkte Demokratie (Liste von Okamura)	14	6,88%	342 000				342 000
KDU-CSL (Christdemokraten)	14	6,78%	337 000				337 000

Die Ergebnisse der künftigen Parlamentsparteien sind in obiger Tabelle wiedergegeben. Die ČSSD wurde in neun Regionen, ANO in vier Regionen und TOP 09 in der Hauptstadt Prag sowie im Ausland die stärkste Partei. Die KSČM schnitt in der Region Fusti mit 20,33 Prozent am stärksten, in der Hauptstadt Prag mit 8,52 Prozent traditionell am schwächsten ab.

Tschechien hat gewählt. Und nun?

Der Erfolg populistischer Parteien verhindert die erwartete linke Mehrheit bei den vorgezogenen Parlamentswahlen. Insgesamt sieben Parteien im Abgeordnetenhaus erschweren die Regierungsbildung. Bericht von Cornelia Hildebrandt.

Die Parlamentswahlen am 26. Oktober waren nötig geworden, nachdem die bisherige Regierung unter Ministerpräsident Petr Nečas (ODS) nach handfesten Korruptionsskandalen im Juni 2013 zurücktreten musste, und es dem Parlament nachfolgend nicht gelang, eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden.

Wegender ungewöhnlichen Umstände der Parlamentsauflösung wurde lange Zeit mit einer deutlichen Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach links gerechnet – die bisherigen bürgerlichen Regierungsparteien werden verlieren, die beiden oppositionellen Linksparteien ČSSD (Sozialdemokraten) und KSČM (Kommunisten) werden gewinnen. Bei den letzten Umfragen vor der Wahl kamen die ČSSD noch auf 26 Prozent der Stimmen und die KSČM auf 18 Prozent. So gingen viele Beobachter von einer künftigen Mehrheit auf Seiten der beiden linksgerichteten Parteien aus, auch wenn aus unterschiedlichen und vielfach historischen Gründen keine Regierungskoalition daraus folgen sollte, aber eine von den Kommunisten tolerierte Minderheitsregierung der Sozialdemokraten wurde zumindest als ein mögliches Modell angesehen.

Insofern muss zunächst als erste Überraschung festgehalten werden, dass eine solche Mehrheit durch ČSSD und KSČM nicht erreicht wurde. Zusammengerechnet konnten beide Parteien nicht den lange erwarteten Nutzen aus dem Stimmenverlust der

bisherigen bürgerlichen Regierungsparteien ziehen. Was das bisherige Regierungslager an Stimmen verlor – zusammengerechnet unglaubliche 2,5 Millionen Stimmen – kam entweder anderen Gruppierungen im bürgerlichen Spektrum zugute oder aber ging ins Nichtwählerlager. Das heißt, die beiden linksgerichteten Gruppierungen waren nicht in der Lage, diese Stimmen an sich zu binden; beide Parteien erhielten zusammen lediglich fast so viele Stimmen wie bei den Wahlen 2010. Allerdings ist die KSČM die einzige bisherige Parlamentspartei, die ihre Stimmenzahl deutlich erhöhen konnte und das bei einer leicht gesunkenen Wahlbeteiligung knapp unter 60 Prozent (2010: 62,6 Prozent).

Inwiefern sie dabei auch ihre strukturelle Schwäche bei jüngeren Wählerschichten wenigstens teilweise überwinden konnte, müssen genauere Wahlanalysen zeigen.

Da insgesamt sieben Parteien in das Parlament einziehen werden, ist eine Regierungsbildung schwieriger als in früheren Jahren. Selbst Mehrparteienkoalitionen sind am Wahlabend eher nur rechnerisch möglich, da in den zurückliegenden Monaten zu viel politisches Geschirr zerschlagen wurde. Außerdem sind auf Anhieb zwei eher populistisch ausgerichtete bürgerliche Parteien in das Parlament eingezogen, die zumindest einen großen Teil der Verluststimmen bei den bisherigen Regierungsparteien auffangen konnten und künftig mehr als das Zünglein an der Waage sein könnten. Vor allem das sehr gute Abschneiden der Partei ANO 2011 (Aktion unzufriedener Bürger) mit fast einer Million Stimmen hat über die tschechischen Landesgrenzen hinweg für Aufsehen gesorgt. Die vom zweifachen Milliarden Andrej

Babiš geführte und erst 2011 ins Leben gerufene Gruppierung wurde knapp hinter den Sozialdemokraten und noch vor den Kommunisten zweitstärkste Partei. Nur durch seinen Erfolg, so Babiš, habe er einen Wahlsieg der linksgerichteten Kräfte verhindert. Tatsächlich ist das Abschneiden von ANO 2011 der wichtigste Grund für das insgesamt doch überraschend gute starke Abschneiden des bürgerlichen, also liberal-konservativen Lagers. Der Einbruch des bisherigen Zugpferds in diesem Lager, der ODS (Bürgerliche), konnte auf diese Weise aufgefangen werden. Das bürgerliche Lager ist mit nunmehr fünf Parlamentsparteien deutlich zersplitterter als in früheren Zeiten. Allerdings kann das angesichts der unter den Erwartungen liegenden Ergebnisse vor allem der Sozialdemokraten nur ein schwacher Trost sein.

Insgesamt wurde auch damit gerechnet, dass die vom Staatspräsidenten Miloš Zeman einst gegründete Partei SPOZ diesmal den Einzug ins Parlament schaffen könnte, war sie doch 2009 nur relativ knapp daran gescheitert. Mit nur 1,5 Prozent blieb sie aber weit auch unter ihren eigenen Erwartungen. Von den anderen kleinen Parteien schnitten die Grünen (SZ) mit 3,2 Prozent und die Piraten (ČPS) mit 2,7 Prozent noch am besten ab.

Am Wahlabend waren beim politischen Spitzenpersonal fast ausschließlich Männer zu sehen, Frauen tauchten nur am Rande auf. Das betrifft alle künftigen Parlamentsparteien gleichermaßen.

Cornelia Hildebrandt

www.rosalux.de/news/39970/tschechien-hat-gewählt-und-nun.html, 28. Oktober 2013

Inhalt

Aktuell

Berlin: Volksentscheid für Öko-Stadtwerk knapp verloren • Bayern, 9.11.: Bürgerentscheide über Olympiabewerbung 2022 • Große Koalition und Linksfraktion

Limburg und die reiche Kirche 4

Lampedusa in Hamburg 6

Auslandsnachrichten 8

Menschenunwürdig: Arbeit in der Landwirtschaft • USA: Kelloggs sperrt Gewerkschaft aus • Iran: Zuckergewerkschaft fordert Wiedereinstellung • Weitere Tote in Fabrik in Bangladesch • Pakistan: Kampf gegen „Wegwerfjobs“ • Südkorea: Regierung erpresst Gewerkschaft KTU • Brasilien: Regierung gegen streikende Ölarbeiter • Mexiko: Lehrer unterrichten wieder, aber weitere Proteste

Aktionen ... Initiativen 10

Sichere Energieversorgung für einkommensarme Haushalte umsetzen – Nationale Armutskonferenz unterzeichnet Charta zur sozial gerechten Energiewende • Entwicklungsministerium ist keine Restgröße • Aushöhlung des Parlamentsvorbehalts verhindern • 30.11.: Energiewende retten – AKW abschalten! • Gentechnik im Honig: Gericht weist Imker ab • Anhaltende Proteste innerhalb der Mauern Europas • Limbo tanzen gegen Hungerlöhne

Es geht um Menschenwürde – sie ist unteilbar 12

Soziale Gerechtigkeit verteidigen und ausbauen statt verwässern! 13

München: Kolonialstraßen umbenennen! 13

Mannheim: Zwischenbilanz zur „Neuen Migration aus Südosteuropa“ 14

Kommunale Politik 15

Stadtwerke: Linke fordert Ende der Quersubventionierung des Flughafens. Dortmund. • Mehr Bildung für Flüchtlingskinder – Bildungs- und Teilhabepaket ausschöpfen! Köln. • Gaschke tritt zurück – und kräftig nach: Kiel. • Soziale Wohnungspolitik umsetzen: Berlin. • Die Katze beißt sich in den Schwanz: Chemnitz. • Städtetag veröffentlicht Gemeindefinanzbericht 2013: Berlin. • Treibstoff fürs Land: Landkreistag und Bauernverband legen Forderungen zur Entwicklung des ländlichen Raumes vor. Berlin.

Verdi im Kampf gegen Niedriglohn 17

Wirtschaftspresse 17

Die Grünen nach der Bundestagswahl 2013 und der Bundesdelegiertenkonferenz 18

Grün-Rot in Baden-Württemberg: Tausend Kleinigkeiten 19

Startveranstaltung zur Arbeit am Kommunalwahlprogramm in München 21

Tschechien hat gewählt. Und nun? 23

Informationen zur Winterschule 2014 von 2. bis 4. Januar in Erfurt

Sind die Götter zurückgekehrt?

Einmal mehr befasst sich eine Arbeitsgruppe der Winterschule mit Religion. Als Marxisten standen wir fest in der Tradition der Aufklärung, nach der Religion im Laufe einer modernen, emanzipatorischen gesellschaftlichen Entwicklung geradezu gesetzmäßig absterben, allenfalls sich in Private verflüchtigen würde. Das Gegenteil scheint heute der Fall zu sein. Von der „Wiederkehr der Götter“ oder „De-Säkularisation“ wird in der wissenschaftlichen Literatur gesprochen. In modernen Gesellschaften, z.B. den USA, scheint es kein Spannungsverhältnis zwischen Religion und Moderne zu geben.

Klare Begrifflichkeit kann uns da weiterhelfen. Was beschreiben wir mit „Religion“ in Geschichte und Gegenwart? Welche Deutungsmuster, die von „Säkularisation“ sprechen, können den religiösen Wandel in der Moderne erklären? Welche Funktion nimmt Religion in der modernen Gesellschaft ein?

In drei Schritten, so der Vorschlag, nähern wir uns der Thematik:

Zunächst Klärung der modernen religionssoziologischen Methodik durch Erarbeitung des Unterschiedes zwischen substantieller und funktionaler Analyse dessen, was Religion ist.

Darauf aufbauend sollen unterschiedliche Theorien zur „Säkularisierung“ untersucht werden. Auf der einen Seite z.B. die Behauptung eines Zusammenhangs zwischen gesellschaftlicher Modernisierung und Säkularisierung. Dagegen steht der säkularisierungs-skeptische Ansatz, Religion als dynamische Ressource zu behandeln, die sich mit den Funktionsprinzipien der Moderne gut verträgt und diese mit prägt.

So ist der Boden bereitet, nach der realen politischen und ökonomischen Macht von Religion in unserer Gesellschaft zu fragen: Diakonie/Caritas als Konzerne mit 1,3 Mio. Beschäftigten; Kirchliches Arbeitsrecht, ohne Streikrecht, fast ohne Tarif; Kirchenprivilegien durch EU-Recht und Grundgesetz garantiert; und nicht zuletzt die niemals versiegenden „heiligen“ Quellen kirchlichen Geldes.

Anhand ausgewählter Texte ist dieser religionspolitische Parforceritt,

einschließlich der notwendigen Zeit zur Diskussion, m.E. machbar. Rückfragen und Vorschläge bitte an:

Karl-Helmut Lechner, Tel.: 0157 0303 1511, eMail: Karl-Helmut.Lechner@wtvet.de

Kurs Wirtschaft

In den letzten Jahrzehnten zeigt sich weltweit eine Veränderung der Siedlungsform. Die scharfrandige Trennung von Stadt und Land wird fließend, es entstehen urbane Siedlungsräume, die ins Geflecht der weltweiten arbeitsteiligen Beziehungen eingebettet sind. Globale Mega-Citys bilden sich, wo diese Entwicklung an Hauptstädten von Weltgeltung ansetzen kann, so in Europa beispielhaft um Paris und um London. Typisch für diese Art von Siedlung sind eine Konzentration von Leitung und Entscheidungsfunktionen im Zentrum der Ballung und eine Verdrängung ausführender und sozial tragender Funktionen an die Peripherie. Die sozialen und kulturellen Folgen sind bekannt: ruinöse Standortkonkurrenz und soziale Ausgrenzung. – Für die Bundesrepublik Deutschland ist das Modell der Mega-City von vorneherein problematisch. Die vorhandenen Kerne von Metropolregionen sind im weltweiten Vergleich viel zu klein und zu einseitig. Ein Blick auf das Kartenmaterial macht zudem deutlich, dass äußerst leistungs- und entwicklungsfähige Regionen als bloßer „Zwischenraum“ erscheinen. Wir suchen in den laufenden Planungsprozessen und -unterlagen nach Anhaltspunkten für eine Wende weg vom Prozess der unkontrollierten Ballung hin zur Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke von Städten und Regionen. Literatur und genauere Kursplanung in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte.

Für die Vorbereitungsgruppe: Martin Fochler, Rüdiger Lötzer

Organisatorischer Hinweis

Anmeldung: Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Anmeldungen bitte bis 1. Dezember und nur bei:

hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 5. Dezember 2013.

Redaktionsschluss: Freitag, 29. November.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine:

16. Januar 2014, 12. Februar.